

Aufgrund von §§ 19 Absatz 2 Satz 1, 22 Absatz 2 Satz 1, 28 Absatz 2 Satz 5 in Verbindung mit § 72 Absatz 2 Satz 1 Ziffer 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) vom 28.04.2014 (GVBl. I/14, Nr. 18), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 01.07.2015 (GVBl. I/15, Nr. 18) in Verbindung mit § 13 Abs. 5 Nr. 1 der Grundordnung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) vom 28.01.2015 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr. 01/2015, S. 1), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 27.01.2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr. 01/2016, S. 1) hat der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) die folgende Studien- und Prüfungsordnung erlassen¹:

Studien- und Prüfungsordnung der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) für den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“

Neufassung vom 1. Juni 2016

Inhalt

I. Allgemeines

- § 1 Grundlage und Ziel des Studiengangs
- § 2 Akademischer Grad
- § 3 Geltungsbereich
- § 4 Studienvoraussetzungen
- § 5 Studiendauer und Gliederung des Studiums
- § 6 Bestehen und Nichtbestehen

II. Prüfungsorgane und Prüfungsverfahren

- § 7 Prüfungsausschuss
- § 8 Beschlussverfahren
- § 9 Prüfer und Prüferinnen, Gutachter und Gutachterinnen, Beisitzer und Beisitzerinnen
- § 10 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten
- § 11 Prüfungsformen, Organisation von Prüfungen
- § 12 Studienbegleitende Klausuren
- § 13 Studienbegleitende mündliche Prüfungen
- § 14 Häusliche Anfertigung der Prüfungsleistung
- § 15 Abschlussarbeit und Beendigung des Studiums
- § 16 Nachteilsausgleich und Chancengleichheit
- § 17 Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 18 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 19 Bewertung von Prüfungen

- § 20 Mitteilung der Prüfungsergebnisse
- § 21 Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen
- § 22 Wiederholung von Prüfungen
- § 23 Berechnung der Gesamtnote
- § 24 Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und weiteren Unterlagen

III. Schlussvorschriften

- § 25 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 26 Ungültigkeit von Prüfungen, Aberkennung des Abschlussgrades
- § 27 Inkrafttreten

Anlage 1: Module

Anlage 2: Studienverlaufsplan

Anlage 3: Studienordnung der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań

I. Allgemeines

§ 1

Grundlage und Ziel des Studiengangs

(1) Die Juristische Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV) betreibt gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (UAM) aufgrund der Vereinbarung zwischen der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań vom 06.09.2012 sowie der diese Vereinbarung konkretisierenden Absprache zwischen der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań vom 30.08.2012 über die gemeinsame, einheitliche und fünfjährige Magister-Juristenausbildung in einem Studiengang eine gemeinsame, fünfjährige Juristenausbildung.

(2) Gegenstand des gemeinsamen Studiengangs ist eine juristische Ausbildung, die zu einem gemeinsamen berufsqualifizierenden Abschluss führt und die es erlaubt, eine praktische Berufsausbildung in Polen aufzunehmen, Kenntnisse des deutschen und des polnischen Rechts auf besondere Weise zu verknüpfen, sowie ein vertieftes Verständnis der Europäisierung und Globalisierung von Rechtsordnungen zu ermöglichen.

§ 2

Akademischer Grad

Absolventen und Absolventinnen der gemeinsamen Juristenausbildung erhalten den polnischen akademischen Grad „magister“ (polnischer „Magister des Rechts“).

¹ Der Präsident hat mit Verfügung vom 15.06.2016 seine Genehmigung erteilt.

§ 3 Geltungsbereich

(1) ¹Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für alle von der Juristischen Fakultät der EUV verantworteten Lehrveranstaltungen. ²Für die von der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM verantworteten Lehrveranstaltungen gilt stattdessen die allgemeine Studienordnung der UAM (im folgenden bezeichnet als Studienordnung der UAM) in der jeweils geltenden Fassung, deren aktuelle Fassung als Anlage 3 zu dieser Ordnung abgedruckt ist. ³Die beiden Fakultäten erkennen die Entscheidungen in Prüfungsverfahren der jeweils anderen Fakultät an.

(2) ¹Lehrveranstaltungen zum polnischen Recht, im Fach „Sport“ sowie „Arbeitsschutz und Arbeitshygiene“ werden unter der Verantwortung der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM angeboten. ²Für allgemeine universitäre Lehrveranstaltungen und Lehrveranstaltungen zum internationalen Recht gilt dasselbe, soweit sie von Dozenten oder Dozentinnen gehalten werden, die von der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM damit beauftragt wurden.

§ 4 Studienvoraussetzungen

(1) ¹Zugangsberechtigt zu einem Studium, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss führt, ist, wer eine der nachfolgenden Qualifikationen nachweisen kann:

1. die allgemeine Hochschulreife,
2. die fachgebundene Hochschulreife in der entsprechenden Fachrichtung,
3. die Fachhochschulreife,
4. die fachgebundene Fachhochschulreife in der entsprechenden Fachrichtung,
5. einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss,
6. eine bestandene Meisterprüfung oder den Erwerb einer der Meisterprüfung gleichwertigen Berechtigung gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 BbgHG,
7. einen Fortbildungsabschluss gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 7 BbgHG,
8. ein Befähigungszeugnis für den nautischen oder technischen Schiffsdienst gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 8 BbgHG,
9. einen Abschluss einer Fachschule in öffentlicher Trägerschaft oder einer staatlich anerkannten Fachschule in freier Trägerschaft oder einen Abschluss einer vergleichbaren Ausbildung in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 9 BbgHG,
10. eine der unter den Nummern 6 und 7 genannten Fortbildung vergleichbare Qualifikation gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 10 BbgHG oder
11. den Abschluss der Sekundärstufe I oder einen gleichwertigen Abschluss und eine für das

beabsichtigte Studium geeignete abgeschlossene Berufsausbildung mit einer danach erworbenen mindestens zweijährigen Berufserfahrung.

²Zum Hochschulstudium kann auch zugelassen werden, wer eine im Ausland erworbene Qualifikation nachweist, die einer der in Satz 1 Nr. 5 bis 11 genannten entspricht und die für das Studium erforderlichen Sprachkenntnisse nachweist. ³Wer in einem Studiengang mindestens zwei Semester an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland studiert und die in diesem Zeitraum erforderlichen Leistungsnachweise erworben hat, kann das Studium in dem gleichen oder einem eng verwandten Studiengang an einer Hochschule im Land Brandenburg auch dann fortsetzen, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht vorliegen. ⁴Die Regelungen über die Anerkennung von Leistungen bleiben unberührt.

(2) Studierende, deren Muttersprache nicht die deutsche Sprache ist, müssen hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen (DSH-Prüfung).

(3) ¹Studierende, deren Muttersprache nicht die polnische Sprache ist, müssen hinreichende Kenntnisse der polnischen Sprache nachweisen. ²Die Zuständigkeit für die Überprüfung der polnischen Sprachkenntnisse obliegt der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM.²

§ 5 Studiendauer und Gliederung des Studiums

(1) Das Studium kann nur mit dem Wintersemester aufgenommen werden.

(2) Das Studium wird mit einer Magisterprüfung abgeschlossen.

(3) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Zeit für die Magisterarbeit und des Ablegens der mündlichen Magisterprüfung zehn Fachsemester.

(4) Der Studiengang ist wegen der erforderlichen engen Zusammenarbeit mit der UAM aus objektiven Gründen nicht teilzeitgeeignet.

(5) ¹Das Studium umfasst neun Module. ²Jedes Modul wird mit einer studienbegleitenden Prüfungsleistung, die aus mehreren Teilleistungen bestehen kann, abgeschlossen. ³Mit dem Magisterabschluss sind 300 ECTS-Punkte zu erbringen.

(6) ¹Der Inhalt der Module und die ECTS-Punkte sind im Modulplan (Anlage 1) aufgeführt. ²Der Studienverlauf ist im Studienverlaufsplan wiedergegeben (Anlage 2). ³Die im jeweiligen Semester zu erbringenden Prüfungsleistungen ergeben sich aus den Modulbeschreibungen.

² Derzeit erfolgt die Überprüfung der polnischen Sprachkenntnisse aufgrund der Verordnung des polnischen Ministers für Lehre und Hochschulwesen vom 12.10.2006.

(7) ¹Im Modul 1 sind 4 ECTS-Punkte, im Modul 2 5 ECTS-Punkte und im Modul 9 24 ECTS-Punkte, wie in Anlage 1 vorgesehen, in obligatorischen Lehrveranstaltungen zu erwerben. ²In den obligatorischen Modulen 3, 5 und 7 zu den Hauptrechtsgebieten sind jeweils 47 ECTS-Punkte zu erwerben. ³Die Studierenden wählen außerdem drei aus den vier fakultativen Modulen 2, 4, 6 und 8, in denen sie jeweils 42 ECTS-Punkte erwerben.

(8) ¹Der Leistungsnachweis zur Lehrveranstaltung „Deutsches Zivilrecht Grundkurs II“ bezieht auch die Lehrveranstaltung „Deutsches Zivilrecht Methodik“ mit ein. ²Entsprechendes gilt für die Lehrveranstaltungen „Deutsches Strafrecht Grundkurs II“ und „Deutsches Strafrecht Methodik“. ³In den Arbeitsgemeinschaften zu den Grundkursen im deutschen Recht ist die regelmäßige Teilnahme Voraussetzung für den Leistungsnachweis. ⁴Eine regelmäßige Teilnahme liegt grundsätzlich vor, wenn die betreffenden Studierenden nicht mehr als 20 Prozent der Präsenzzeiten versäumt haben.

(9) ¹Im Bereich der allgemeinen universitären Lehrveranstaltungen können die Studierenden frei unter den Lehrveranstaltungen wählen, die von den anderen Fakultäten der EUV oder der UAM an der EUV oder am Collegium Polonicum angeboten werden, soweit diese Fakultäten die Teilnahme nicht einschränken. ²Eine der drei allgemeinen universitären Lehrveranstaltungen muss einen wirtschaftswissenschaftlichen Charakter aufweisen.

(10) ¹Die Lehrveranstaltungen „Wahlfach-Vertiefung“ vermitteln vertiefte Kenntnisse im deutschen bzw. polnischen Recht. Die Zusätze „(PL)“ oder „(D)“ geben an, auf welches nationale Recht sie sich beziehen. ²Das Angebot mit dem Zusatz (PL) erfolgt durch die Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM, das mit dem Zusatz (D) durch die Juristische Fakultät der EUV. ³Die konkreten Angebote werden zu Beginn des jeweiligen Semesters bekanntgegeben.

(11) ¹Bei den fakultativen modulbezogenen Fächern können Studierende aus den von der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM und der Juristischen Fakultät der EUV bekanntgegebenen einschlägigen Lehrveranstaltungen wählen. ²Zur Erweiterung von (fach-) sprachlichen sowie überfachlichen Kompetenzen können den Studierenden in diesem Bereich von der Juristischen Fakultät der EUV auch Lehrveranstaltungen zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen angeboten werden.

(12) ¹Das im Modul 1 vorgesehene Praktikum soll innerhalb von vier Wochen absolviert werden und einen zeitlichen Umfang von 120 Stunden haben. ²Es wird empfohlen, die praktische Studienzeit in der vorlesungsfreien Zeit abzuleisten. ³Während des Praktikums sollen die Studierenden in Deutschland durch einen Volljuristen oder eine Volljuristin und im Ausland durch eine Person mit einem äquivalenten Abschluss betreut werden.

⁴Die vier Wochen sollen entweder nur bei einer Stelle oder aufgeteilt in zweimal zwei Wochen bei zwei verschiedenen Stellen abgeleistet werden.

(13) ¹Die im Rahmen des Moduls 2 vorgesehene obligatorische Lehrveranstaltung „Juristische Fachsprache“ wird jeweils in deutscher und polnischer Sprache angeboten. ²Studierende mit polnischer Hochschulzugangsberechtigung sollen den Kurs „Juristische Fachsprache Deutsch“, Studierende mit der deutschen Hochschulzugangsberechtigung den Kurs „Juristische Fachsprache Polnisch“ absolvieren.

§ 6

Bestehen und Nichtbestehen

Hinsichtlich des Bestehens oder Nichtbestehens des Magisterstudiengangs gelten die Regelungen der Studienordnung der UAM.

II. Prüfungsorgane und Prüfungsverfahren

§ 7

Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation und die Durchführung der Prüfungen, die von der Juristischen Fakultät der EUV verantwortet werden, wird ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Dem Prüfungsausschuss gehören vier Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen, ein akademischer Mitarbeiter oder eine akademische Mitarbeiterin sowie jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden und des nichtwissenschaftlichen Personals an. ³Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses können Stellvertreter oder Stellvertreterinnen gewählt werden. ⁴Einer der Hochschullehrer oder eine der Hochschullehrerinnen kann der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM angehören, ansonsten sind die Mitglieder Angehörige der Juristischen Fakultät der EUV. ⁵Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses können auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die dienstlich mit Prüfungsangelegenheiten des Studiengangs befasst sind, insbesondere Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Dekanats, des Prüfungsamtes sowie des Collegium Polonicum hinzugezogen werden.

(2) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen werden vom Fakultätsrat für zwei Jahre bestellt. ²Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr. ³Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die restliche Amtszeit gewählt. ⁴Die Mitglieder des Prüfungsausschusses bestimmen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und einen stellvertretenden Vorsitzenden oder eine stellvertretende Vorsitzende, die beide Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sein müssen.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. ²Mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung trifft er alle anfallenden Entscheidungen im Prüfungsverfahren, soweit nicht in gesetzlichen Vorschriften etwas anderes bestimmt ist.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss berichtet der Fakultät regelmäßig über die Entwicklung des Studiengangs. ²Der Prüfungsausschuss gibt darüber hinaus Anregungen zur Reform dieser Ordnung. ³Er entscheidet insbesondere über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie in Zweifelsfällen über die Zulassung zu den Prüfungen.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen teilzunehmen.

(6) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen sowie nach Abs. 1 Satz 5 hinzugezogene Personen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuss bedient sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben der Verwaltungshilfe des Prüfungsamtes.

§ 8 Beschlussverfahren

(1) ¹Alle Entscheidungen im Prüfungsverfahren sind unverzüglich zu treffen. ²Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich, per Telefax oder per elektronischer Post unter Einhaltung einer Ladungsfrist von drei Arbeitstagen geladen und die Mehrzahl der Mitglieder, von denen mindestens die Hälfte der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen angehören müssen, anwesend und stimmberechtigt sind. ³Der Ausschuss tritt in der Regel mindestens einmal im Semester zusammen. ⁴Er beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen grundsätzlich in Sitzungen, einschließlich mindestens der Hälfte der abgegebenen Stimmen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen. ⁵Alternativ kommt in geeigneten Fällen, insbesondere wenn die zu beantwortende Frage mit Ja oder Nein beantwortet werden kann, ein Beschluss im schriftlichen Umlaufverfahren in Betracht. ⁶Stimmrechtsübertragung ist nicht zulässig. ⁷Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag. ⁸Über die Sitzung ist ein Protokoll zu führen, welches Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten muss. ⁹Eine Kopie des Protokolls beziehungsweise des Beschlusses im Umlaufverfahren ist an das Prüfungsamt weiterzuleiten.

(2) Der oder die Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein; auf Antrag von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Prüfungsausschusses hat dies innerhalb von zehn Arbeitstagen zu erfolgen.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss Zuständigkeiten für Entscheidungen in unaufschiebbaren Angelegenheiten auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen (Eilkompetenz). ²Eine Entscheidung ist unaufschiebbar, wenn eine rechtzeitige Ladung der Ausschussmitglieder nicht mehr möglich ist. ³Der oder die Vorsitzende berichtet dem Prüfungsausschuss über die getroffenen Eilentscheidungen. ⁴Nach Ablauf der Amtszeit ist der Beschluss der Zuständigkeiten für Eilentscheidungen vom jeweils neu zusammentretenden Prüfungsausschuss förmlich neu festzustellen.

(4) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.

§ 9

Prüfer und Prüferinnen, Gutachter und Gutachterinnen, Beisitzer und Beisitzerinnen

(1) ¹Zur Abnahme von Prüfungen sind das an der EUV hauptberuflich tätige wissenschaftliche Personal, Lehrbeauftragte und in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen befugt. ²Prüfungen sollen nur von Personen abgenommen werden, die Lehraufgaben erfüllen. ³Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ⁴Für die Prüfer und Prüferinnen oder Gutachter und Gutachterinnen gilt § 7 Absatz 6 (Amtsverschwiegenheit) entsprechend.

(2) Ein Rechtsanspruch der Studierenden auf Abnahme der Prüfung durch einen bestimmten Prüfer oder eine bestimmte Prüferin besteht nicht.

(3) ¹Beisitzer und Beisitzerinnen müssen zum wissenschaftlichen Personal der EUV gehören und selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Nicht hochschulangehörige Beisitzer und Beisitzerinnen müssen selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen und sind auf Vorschlag des oder der jeweiligen Prüfenden vom Prüfungsausschuss zu bestellen. ³Für die Beisitzer und Beisitzerinnen gilt § 7 Absatz 6 (Amtsverschwiegenheit) entsprechend. ⁴Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss, die Zuständigkeit für die Bestellung der Beisitzer und Beisitzerinnen auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen.

§ 10

Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten

(1) ¹Über die Anerkennung der Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten entscheidet der Prüfungsausschuss. ²Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss die Zuständigkeit hierfür auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen. ³Für Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines organisierten beziehungsweise selbstorganisierten Auslandsaufenthaltes im Rahmen eines Studiengangs erbracht werden, kann der Prüfungsausschuss ein vereinfachtes Verfahren festlegen.

(2) ¹Die Anerkennung von Leistungen eines vorangegangenen Studiums bei einem Hochschul- oder Studiengangwechsel ist zu erteilen, sofern sich die Leistungen nicht wesentlich unterscheiden. ²Ein wesentlicher Unterschied ist insbesondere dann gegeben, wenn bei Anerkennung der Leistung der Studienerfolg gefährdet ist, weil die Leistung, für die eine Anerkennung begehrt wird, nicht eine für den Studienerfolg erforderliche Kompetenz umfasst. ³Wesentliches Kriterium für die Anerkennung sind die Erfordernisse sowie die Qualifikationsziele dieses Magisterstudiums. ⁴Die antragstellende Person hat die erforderlichen Informationen über die Leistung, deren Anerkennung begehrt wird, beizubringen.

(3) Die Anerkennung und Anrechnung kann im Einzelfall im Ergebnis einer Prüfung der von der antragstellenden Person beigebrachten Unterlagen, pauschal für homogene Bewerbergruppen oder im Ergebnis einer erfolgreich bestandenen Anerkennungsprüfung erfolgen.

(4) Die Noten der im Ausland erbrachten Leistungen werden nach § 19 umgerechnet und gehen auf diese Weise in die Bildung der Durchschnittsnote ein.

(5) Im Prüfungszeugnis kann vermerkt werden, welche der dort aufgeführten Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt wurden.

(6) ¹Entscheidungen zu Ungunsten der Betroffenen sind zu begründen. ²Lehnt der Prüfungsausschuss die Anerkennung von Leistungen nach Absatz 2 Satz 1 ab, wird auf schriftlichen Antrag der oder des betreffenden Studierenden an den Prüfungsausschuss eine Anerkennungsprüfung durchgeführt, sofern die oder der Studierende im Antrag glaubhaft macht, die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten anderweitig erworben zu haben.

(7) ¹Die Anerkennungsprüfung ist eine Hochschulprüfung nach § 21 BbGHG. Absatz 6 gilt auch für Studien- und Prüfungsleistungen, die an

ausländischen Hochschulen erbracht worden sind. ²Die Anerkennungsprüfung wird von einem prüfungsberechtigten Hochschullehrer oder einer prüfungsberechtigten Hochschullehrerin der Juristischen Fakultät im Sinne des § 9 Abs. 1 durchgeführt. ³Die Bestellung des Prüfers oder der Prüferin erfolgt durch den Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann. ⁴Die Prüfungsform wird vom Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende übertragen kann, in Absprache mit dem Prüfer oder der Prüferin unter Berücksichtigung der entsprechenden Qualifikationsziele festgelegt. ⁵Für die Prüfungsformen gelten die Bestimmungen in den § 12 (Klausur), § 13 (mündliche Prüfung) und § 14 (häusliche Arbeit) entsprechend. ⁶Bei Bestehen der Prüfung mit mindestens „ausreichend“ gilt die Leistung als anerkannt.

(8) Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten werden auf Antrag bis zu 50 Prozent auf das Studium angerechnet, wenn sie nach Inhalt und Niveau dem Teil des Studiums gleichwertig sind, der ersetzt werden soll, und soweit die einschlägigen Bestimmungen der Studienordnung der UAM dies zulassen.

§ 11

Prüfungsformen, Organisation von Prüfungen

(1) ¹Die Prüfungsformen werden in den Modulbeschreibungen festgelegt. ²Die Prüfungen können in schriftlicher, mündlicher, praktischer oder sonstiger Form abgehalten werden. ³Schriftliche Prüfungen sind Klausuren oder sonstige schriftliche Leistungen in Form der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung. ⁴Prüfungen können in einer Fremdsprache abgehalten werden, sofern die Lehrenden zustimmen oder dies in den Modulbeschreibungen vermerkt ist.

(2) Für Prüfungen, die als Klausur oder mündliche Prüfung stattfinden, sind Ort und Zeitpunkt der Prüfung sowie der konkrete Anmeldezeitraum rechtzeitig bekanntzugeben und durch Aushang oder geeignete elektronische Systeme zu veröffentlichen.

(3) ¹Für jede Prüfung ist eine Anmeldung erforderlich. ²Für die Anmeldung zu den Vorlesungsabschlussklausuren in den Grundkursen zum deutschen Recht gelten ergänzend die einschlägigen Regelungen der Studien- und Prüfungsordnung der Juristischen Fakultät für den Studiengang Rechtswissenschaft in der jeweils geltenden Fassung. ³Die Studierenden können sich nur dann erfolgreich zu einer Prüfung anmelden, wenn sie die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. ⁴Bei fehlender Anmeldung ist eine Teilnahme an der betreffenden Prüfung ausgeschlossen; eine trotzdem erbrachte Prüfungsleistung wird nicht bewertet. ⁵Im Fall der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung erfolgt die Anmeldung regelmäßig mit der

Themenvergabe durch den Prüfer oder die Prüferin.

(4) ¹Nach erfolgreicher Anmeldung gelten die Studierenden zu den von ihnen gewählten Prüfungen auch ohne schriftlichen Bescheid als zugelassen. ²Bei einer elektronischen Anmeldung haben sie sich zum späteren Nachweis eine Anmeldebescheinigung aufzubewahren. ³Können sie sich nicht zu Prüfungen anmelden, erhalten sie auf Verlangen einen schriftlichen Nachweis über die Nichtanmeldung.

(5) Die Studierenden müssen sich bei den Prüfungen, die nicht in Form der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung erfolgen, durch Vorlage des Studierendenausweises in Verbindung mit einem amtlichen Ausweis mit Lichtbild ausweisen können.

(6) Die zugelassenen Hilfsmittel bestimmt der oder die jeweilige Prüfende. Sie sind rechtzeitig und angemessen bekanntzugeben.

§ 12

Studienbegleitende Klausuren

(1) Die Dauer von Klausuren soll 90 Minuten nicht unterschreiten.

(2) ¹Eine Klausur kann auch in elektronischer Form abgenommen werden. ²Elektronische Prüfungen sind Prüfungen, bei denen die Antworten in elektronische Eingabegeräte erfasst und gegebenenfalls über diese ausgewertet werden.

(3) ¹Klausuren nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind zulässig. ²Studierende haben dabei in Aufsichtsarbeiten schriftlich gestellte Fragen zu beantworten, indem sie angeben, welche der mit den Fragen vorgelegten Antworten sie für zutreffend halten. ³Die Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. ⁴Bei der Aufstellung der Aufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden, und die Bestehensgrenze zu bestimmen. ⁵Stellt sich bei der Auswertung der Prüfung heraus, dass bei einzelnen Aufgaben kein zuverlässiges Prüfungsergebnis ermittelt werden kann, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen. ⁶Die Bestehensgrenze mindert sich entsprechend; die Minderung darf sich nicht zum Nachteil von Studierenden auswirken. ⁷Die Prüfung gilt als bestanden, wenn Studierende insgesamt mindestens den vor der Prüfung bekannt gegebenen Prozentwert der möglichen Punkte erreicht haben (Bestehensgrenze). ⁸Punktabzüge aufgrund nicht zutreffender Antworten der Studierenden sind bei der Bewertung der Prüfung nicht möglich. ⁹Die Auswertung von Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren kann automatisiert erfolgen. ¹⁰Wird die Prüfung nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt, gelten die Vorschriften dieses Absatzes für diesen Teil entsprechend.

(4) ¹Erscheinen Studierende verspätet zu einer Klausur, so haben Sie kein Anrecht darauf, die versäumte Zeit nachzuholen. ²Das Verlassen des Prüfungsraums ist nur mit Erlaubnis des oder der Aufsichtführenden zulässig. ³Uhrzeit und Dauer der Abwesenheit sollen von der aufsichtführenden Person vermerkt werden.

(5) Gab es in der Klausur Vorkommnisse, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sind, insbesondere Vorkommnisse gemäß § 17 Absätze 4 und 5, so sind diese in einer Niederschrift festzuhalten und von der aufsichtführenden Person zu unterzeichnen.

§ 13

Studienbegleitende mündliche Prüfungen

(1) Die Mindestdauer von mündlichen Prüfungen soll 15 Minuten je Studierenden und Fach nicht unterschreiten.

(2) Mündliche Prüfungen sind mindestens von einem Prüfer oder einer Prüferin, in der Regel in Gegenwart von einem sachkundigen Beisitzer oder einer sachkundigen Beisitzerin, durchzuführen.

(3) ¹Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind von einer sachkundigen Person in einem Protokoll festzuhalten und von dem Prüfer oder der Prüferin beziehungsweise von den Prüfenden zu unterzeichnen. ²Gab es in der mündlichen Prüfung Vorkommnisse, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sind, insbesondere Vorkommnisse gemäß § 17 Absätze 4 und 5, so sind diese ebenfalls im Protokoll festzuhalten.

§ 14

Häusliche Anfertigung der Prüfungsleistung

(1) Bei der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung handelt es sich regelmäßig um Seminararbeiten oder Hausarbeiten.

(2) Die Bearbeitungszeit der Prüfungsleistung wird vom Prüfenden festgelegt.

(3) Sofern die Prüfungsleistung in Form einer Gruppenarbeit erbracht wird, muss die individuelle Leistung jedes Studierenden dabei eindeutig zu erkennen sein.

(4) ¹Bei der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung sind die benutzte Literatur sowie sonstige Hilfsquellen vollständig anzugeben. ²Wörtlich oder dem Sinne nach dem Schrifttum entnommene Stellen sind unter Angabe der Quelle kenntlich zu machen. ³Verlangt der Prüfer oder die Prüferin eine elektronische Version der Prüfungsleistung, so muss sie auf Plagiat überprüfbar sein. ⁴Bei der Abgabe der Prüfungsleistung haben Studierende in schriftlicher Form zu versichern, dass sie ihre Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die Arbeit bisher oder gleichzeitig keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt haben. ⁵Fehlt diese schriftliche Versicherung oder ist sie zwar

vorhanden, entspricht sie jedoch nicht der Wahrheit, so kann die Prüfungsleistung von dem Prüfenden mit „nicht ausreichend“ (0 Punkte) bewertet werden.⁶ § 17 Absatz 4 und 7 gelten entsprechend.

§ 15 Abschlussarbeit und Beendigung des Studiums

(1) Die Beendigung des Studiums richtet sich nach den entsprechenden Regelungen der Studienordnung der UAM (Anlage 3) und beinhaltet als Abschlussleistungen eine Magisterarbeit sowie eine mündliche Magisterprüfung.

(2) ¹Für die Anfertigung sowie die Einreichung der Magisterarbeit gilt die Studienordnung der UAM.³ ²Die Magisterarbeit wird im Rahmen des Magistrandenseminars (Modul 9) vorbereitet und abgegeben. ³In der Magisterarbeit weisen die Studierenden nach, dass sie zur eigenständigen Anwendung wissenschaftlicher Methoden sowie zur Abfassung eines wissenschaftlichen Anforderungen genügenden Textes in ihrem Studienfach in der Lage sind.

(3) Die Zulassung zu und die Durchführung der mündlichen Magisterprüfung erfolgen nach der Studienordnung der UAM.⁴

§ 16 Nachteilsausgleich und Chancengleichheit

(1) Durch Inanspruchnahme der gesetzlichen Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes, der Elternzeit und der Wahrnehmung von Pflegepflichten entstehen keine Nachteile.

(2) ¹Studierende, die Kinder und/oder nahe Angehörige betreuen oder pflegen, werden unterstützt, indem ihrem individuellen Bedarf bei der Erbringung von Studien- und Prüfungsleistungen Rechnung getragen wird. ²Der Prüfungsausschuss entscheidet über die konkrete Form des Nachteilsausgleiches, sobald die besondere Situation glaubhaft gemacht wurde. ³Studierende sind verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen.

(3) ¹Bei der Gestaltung des Studienablaufs sowie bei der Erbringung von Leistungsnachweisen wird versucht, den spezifischen Belangen von Studierenden mit Behinderung und chronischen Erkrankungen im Einzelfall Rechnung zu tragen. ²Belegen Studierende durch ein ärztliches Attest, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung oder einer chronischen Erkrankung nicht in der Lage sind, die Prüfungen, die die Juristische Fakultät der EUV verantwortet, ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Prüfungsausschuss ihnen gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. ³Entsprechendes gilt für die anderen Studienleistungen.

³ Derzeit in §§ 60 ff. der Studienordnung der UAM geregelt.

⁴ Derzeit in §§ 66 ff. der Studienordnung der UAM geregelt.

⁴Der Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. ⁵Anträge auf Prüfungsvergünstigungen sind spätestens vier Wochen vor dem Termin der Prüfung einzureichen. ⁶Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Prüfungsvergünstigung erst zu einem späteren Zeitpunkt vor, so ist der Antrag unverzüglich zu stellen. ⁷Die Studierenden sind verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag eine Bescheinigung ausstellen, die befristet oder unbefristet die zu gewährenden Prüfungsvergünstigungen festlegt; diese Entscheidung gilt dann für alle Studien- und Prüfungsleistungen in der Verantwortung der Juristischen Fakultät der EUV. ²Wer durch den Prüfungsausschuss gewährte Prüfungsvergünstigungen in Anspruch nehmen möchte, muss dies mindestens zwei Wochen vorher oder - falls das nicht möglich ist - so bald wie möglich vor jeder Prüfung dem jeweiligen Aufgabensteller oder der jeweiligen Aufgabenstellerin unter Vorlage der schriftlichen Entscheidung des Prüfungsausschusses anzeigen.

§ 17 Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Studierende können von den Prüfungen, die als Klausur oder mündliche Prüfung stattfinden, innerhalb der festgesetzten Frist und in der vom Prüfenden in Rücksprache mit dem Prüfungsamt festgelegten Form, durch schriftliche Erklärung, insbesondere unter Benutzung des zentral bereitgestellten IT-Systems, ohne Angabe von Gründen zurücktreten. ²Die festgesetzten Fristen sind durch Aushang oder geeignete elektronische Systeme bekanntzugeben.

(2) ¹Treten Studierende nach dem Ablauf dieser Frist ohne triftige Gründe zurück oder versäumen sie die Prüfung ohne triftige Gründe, so gilt die jeweilige Prüfung, zu der sie zugelassen worden sind, insgesamt als abgelegt und als mit „nicht ausreichend“ (0 Punkte) bewertet. ²Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(3) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Bei Krankheit von Studierenden ist ein ärztliches Attest vorzulegen, aus dem die durch die Erkrankung hervorgerufenen körperlichen oder psychischen Auswirkungen und die voraussichtliche Dauer der Erkrankung hervorgehen. ³Der Prüfungsausschuss kann darüber hinaus die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. ⁴Werden die Gründe vom Prüfungsausschuss anerkannt, so wird in Absprache mit den Prüfenden ein neuer Termin anberaumt. ⁵Falls zumutbar, ist auf den nächsten regulären Prüfungstermin zu verweisen. ⁶Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind

anzurechnen. ⁷Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss die Zuständigkeiten nach diesem Absatz auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen.

(4) ¹Versuchen Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, insbesondere Plagiat, Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe anderer Personen oder durch unzulässiges Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen, so ist diese Prüfungsleistung in schwerwiegenden Fällen mit "nicht ausreichend" (0 Punkte) zu bewerten. ²Für den Fall der Täuschung bei der häuslichen Anfertigung einer Prüfungsleistung (Plagiat), darunter Abschlussarbeiten, sind zur Beurteilung dieser Frage insbesondere die von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) erlassenen Richtlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens in der jeweils geltenden Fassung heranzuziehen. ³Es handelt sich regelmäßig um ein Plagiat, wenn in einer schriftlichen Arbeit bei der Übernahme des Wortlauts oder des wesentlichen Sinns eines Dokuments die entsprechende Quelle nicht zitiert wird. ⁴Ein Plagiat liegt ebenfalls vor, wenn die Arbeit eines anderen ganz oder teilweise als eigene ausgegeben wird, eine Arbeit ganz oder teilweise aus dem Internet oder von einem elektronischen Datenträger heruntergeladen und als eigene ausgegeben wird oder eine fremdsprachige Arbeit ganz oder teilweise übersetzt und als eigene ausgegeben wird.

(5) Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören bzw. unzulässig auf Prüfer oder Prüferinnen sowie Aufsichtsführende einwirken, können von dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0 beziehungsweise 0 Punkte) bewertet.

(6) ¹In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss Studierende von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen in diesem Studiengang ausschließen. ²Als schwerwiegende Fälle gelten in der Regel: ein wiederholter Täuschungsversuch oder Bestechung oder Bedrohung der Prüfenden oder Aufsichtführenden. ³Vor diesen Entscheidungen erhalten die Studierenden die Gelegenheit zur Stellungnahme.

(7) ¹Täuschungsversuche gemäß Absatz 4 sind aktenkundig zu machen und dem Prüfungsausschuss mitzuteilen. ²Im ersten Fall kann zunächst eine schriftliche Verwarnung mit der Androhung des Verlusts des Prüfungsanspruchs im Wiederholungsfalle ergehen.

§ 18 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) ¹Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines oder einer betroffenen Studierenden oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem oder einer bestimmten oder von allen betroffenen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden. ²Die Mängel müssen unverzüglich bei dem oder der Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses oder bei dem oder der Modulverantwortlichen oder bei dem Prüfer oder der Prüferin geltend gemacht werden.

(2) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen Anordnungen nach Absatz 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 19 Bewertung von Prüfungen

(1) ¹Der Prüfungsbewertung dürfen nur individuelle Leistungen der Studierenden zugrunde gelegt werden. ²Bei einer in Form einer Gruppenarbeit erbrachten Prüfungsleistung muss der Beitrag des oder der einzelnen Studierenden deutlich erkennbar und bewertbar sein.

(2) Bei Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

| | | |
|-----------------------|-------------------|--|
| 18 - 16 Punkte | sehr gut | eine besonders hervorragende Leistung |
| 15 - 13 Punkte | gut | eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt |
| 12 - 10 Punkte | voll-befriedigend | eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung |
| 9 - 7 Punkte | befriedigend | eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen in jeder Hinsicht entspricht |
| 6 - 4 Punkte | ausreichend | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch durchschnittlichen Anforderungen genügt |
| 3 oder weniger Punkte | nicht ausreichend | eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung |

(3) Polnische Benotungen von Prüfungsleistungen werden wie folgt umgerechnet:

| Polnische Note | Deutsche Note |
|--|------------------------------|
| (5) bardzo dobry mit Zusatz "celujący" (ausgezeichnet) | sehr gut (18 Punkte) |
| (5) bardzo dobry | sehr gut (17 Punkte) |
| (4+) dobry plus | gut (14 Punkte) |
| (4) dobry | vollbefriedigend (11 Punkte) |
| (3+) dostateczny plus | befriedigend (8 Punkte) |
| (3) dostateczny | ausreichend (5 Punkte) |
| (2) niedostateczny | nicht ausreichend (0 Punkte) |

(4) Bewertungen nach Absatz 2 sind folgendermaßen in polnische Noten umzurechnen:

18 Punkte = bardzo dobry mit Zusatz "celujący"

16 - 17 Punkte = bardzo dobry

13 - 15 Punkte = dobry plus

10 - 12 Punkte = dobry

7 - 9 Punkte = dostateczny plus

4 - 6 Punkte = dostateczny

0 - 3 Punkte = niedostateczny

(5) Eine Bewertung von Prüfungsleistungen, die nach oder im Sinne von § 23 Absatz 1 a), 2 und 4 der Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge (ASPO) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) vom 27.01.2016 vorgenommen wird, ist folgendermaßen in Punkte nach Absatz 2 umzurechnen:

1,0 = 17 Punkte

1,3 = 13 Punkte

1,7 = 12 Punkte

2,0 = 10 Punkte

2,3 = 9 Punkte

2,7 = 8 Punkte

3,0 = 7 Punkte

3,3 = 6 Punkte

3,7 = 5 Punkte

4,0 = 4 Punkte

5,0 = 2 Punkte

(6) ¹Schriftliche Prüfungsleistungen sind in der Regel durch einen Prüfer oder eine Prüferin zu bewerten. Prüfungsleistungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist (letzte Wiederholungsmöglichkeit), sind in der Regel von mindestens zwei Prüfenden zu bewerten. ²Weichen die Bewertungen von schriftlichen Prüfungsleistungen durch zwei Prüfende voneinander ab, so haben die Prüfenden darüber mit dem Ziel zu beraten, eine Einigung oder eine Annäherung der Bewertung herbeizuführen. ³Verbleibt danach eine Abweichung von nicht mehr als drei Punkten, so gilt der Mittelwert. ⁴Bei größeren Abweichungen entscheidet als Drittprüfer oder Drittprüferin der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ein von ihm oder ihr zu bestimmender Prüfer oder zu bestimmende Prüferin (Stichentscheid). ⁵Die Prüfungsergebnisse von Klausuren sind spätestens sechs Wochen nach der Prüfung bekanntzugeben. Prüfungsleistungen, die in Form einer häuslichen Anfertigung erbracht wurden, sind nach Möglichkeit innerhalb von acht Wochen zu bewerten.

(7) ¹Mündliche Prüfungsleistungen werden von dem Prüfer oder der Prüferin, bei mehreren Prüfenden von allen bewertet. ²Prüfungsleistungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist (letzte Wiederholungsmöglichkeit), sind in der Regel von mindestens zwei Prüfenden zu bewerten. ³Weichen bei mündlichen Prüfungsleistungen, die von zwei oder mehr Prüfenden bewertet werden, die Punktzahlen voneinander ab, so entscheidet die Mehrheit der Prüfenden. ⁴Findet sich keine Mehrheit, gilt die für den Kandidaten oder die Kandidatin günstigste Note. ⁵Das Prüfungsergebnis ist den geprüften Studierenden unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekanntzugeben.

§ 20

Mitteilung der Prüfungsergebnisse

(1) ¹Die Prüfungsergebnisse werden an die geprüften Studierenden unverzüglich, in der Regel über elektronische Einrichtungen, bekanntgegeben. ²Gesonderte schriftliche Bescheide betreffend die einzelne Prüfungsleistung werden darüber hinaus nicht versendet.

(2) Die Studierenden sind verpflichtet, sich regelmäßig über ihre erworbenen ECTS-Credits sowie über ihre Noten mit Hilfe des verwendeten elektronischen Systems zu informieren.

§ 21

Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

(1) Eine Prüfung gilt als bestanden, wenn sie mit mindestens "ausreichend" (4,0) oder „bestanden“ bewertet wird.

(2) ¹Nicht bestandene Prüfungen oder als nicht bestanden geltende Prüfungen können wiederholt werden, soweit das mit den Regelungen der

Studienordnung der UAM vereinbar ist.⁵ ²Haben Studierende Prüfungen nicht bestanden, die sich auf fakultative Lehrveranstaltungen beziehen, die von der Juristischen Fakultät der EUV verantwortet werden, können sie die erforderlichen Leistungsnachweise in dem von den Studienordnung der UAM gesetzten zeitlichen Rahmen auch in anderen Lehrveranstaltungen der jeweiligen Kategorie erwerben.

§ 22 Wiederholung von Prüfungen

(1) Bestandene Prüfungen dürfen nicht wiederholt werden.

(2) Die Wiederholbarkeit nicht bestandener Prüfungen oder als nicht bestanden geltender Prüfungen ist in § 21 geregelt.

(3) ¹Prüfungen finden gemäß der in der Beschreibung der Veranstaltung festgelegten Form statt. ²Von dem jeweiligen Prüfenden können zusätzliche Prüfungen, insbesondere in Form von Klausuren oder mündlichen Prüfungen (auch anstelle von Klausuren), in demselben Semester oder zu Beginn des folgenden Semesters angeboten werden, deren Art und Termin mit der Ankündigung bekanntgegeben werden. ³Ein Anspruch der Studierenden auf solche zusätzlichen Prüfungstermine besteht nicht.

§ 23 Berechnung der Gesamtnote

Die Berechnung der Gesamtnote liegt in der Verantwortung der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM.⁶

§ 24 Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und weiteren Unterlagen

Liegen die für die erfolgreiche Beendigung des Studiums vorgesehenen Voraussetzungen vor, werden die Urkunde, das Zeugnis sowie die sonstigen Unterlagen nach deren Bestimmungen von der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM ausgestellt.

I. Schlussvorschriften

§ 25 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) ¹Für jede schriftliche Prüfungsleistung ist innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Ergebnisse ein Termin für die Einsicht in die korrigierten Arbeiten festzulegen. ²Die Einsicht-

⁵ Derzeit in §§ 32 bis 37 der Studienordnung der UAM geregelt (Anlage 3).

⁶ Derzeit wird die Berechnung der Gesamtnote gemäß § 73 der Studienordnung der UAM (Anlage 3) vorgenommen.

nahme kann ersetzt werden durch die Rückgabe der Arbeiten an die betreffenden Studierenden.

(2) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss eines von der Juristischen Fakultät der EUV verantworteten Prüfungsverfahrens wird den geprüften Studierenden auf Antrag an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses in angemessener Frist Einsicht in ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden sowie in die Prüfungsprotokolle gewährt, soweit es sich um Prüfungen handelt, die nicht in die Zuständigkeit der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM fallen.

§ 26 Ungültigkeit von Prüfungen, Aberkennung des Abschlussgrades

(1) ¹Haben Studierende bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der zuständige Prüfungsausschuss nachträglich diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Studierenden getäuscht haben, für nicht bestanden erklären. ²Eine Wiederholung dieser für nicht bestanden erklärten Prüfung ist in schwerwiegenden Fällen der Täuschung gemäß § 17 Absatz 6 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) nicht mehr möglich.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die geprüften Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Den betroffenen Studierenden ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Die einschlägigen Regelungen der Studienordnung der UAM bleiben davon unberührt. ²Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 27 Inkrafttreten

(1) Diese Neufassung der Studien- und Prüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) in Kraft und gilt mit Wirkung vom 01.10.2016 für Studierende, die ihr Studium ab diesem Tag aufgenommen haben.

(2) ¹Für Studierende, die ihr Studium in dem gemeinsamen Studiengang „Magister des Rechts“

bereits vor dem 01.10.2016 und zwar ab dem 01.10.2012 aufgenommen haben, gilt diese Neufassung nur dann, wenn sie bis zum 30.09.2019 schriftlich gegenüber dem Prüfungsamt mit dem dazu vorgesehenen Formular unwiderruflich erklären.² Andernfalls gilt für diese Studierenden nach Satz 1 die Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ vom 30. Mai 2012 fort.

(3) Die Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ vom 30. Mai 2012 tritt am 30.09.2020 außer Kraft.

Anlage 1

Module /Moduły Juristische Module/ Moduły prawnicze:

1. Modul: Bildung von Sozialkompetenzen – **obligatorisch** – 4 ECTS
1. Modul: Zajęcia rozwijające kompetencje społeczne – **obligatoryjny** – 4 ECTS
2. Modul: Grundlagen der Rechtswissenschaft – (**oblig.** im Rahmen von 5 ECTS) – 5 bzw. 47 ECTS
2. Modul: Ogólne podstawy prawoznawstwa – (**oblig.** w zakresie 5 ECTS) – 5 lub 47 ECTS
3. Modul: Grundlagen des öffentlichen Rechts – **oblig.** – 47 ECTS
3. Modul: Podstawy prawa publicznego – **oblig.** – 47 ECTS
4. Modul: Vertiefung im öffentlichen Recht – 42 ECTS
4. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa publicznego – 42 ECTS
5. Modul: Grundlagen des Privatrechts – **oblig.** – 47 ECTS
5. Modul: Podstawy prawa prywatnego – **oblig.** – 47 ECTS
6. Modul: Vertiefung im Privatrecht – 42 ECTS
6. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa prywatnego – 42 ECTS
7. Modul: Grundlagen des Strafrechts – **oblig.** – 47 ECTS
7. Modul: Podstawy prawa karnego – **oblig.** – 47 ECTS
8. Modul: Vertiefung im Strafrecht – 42 ECTS
8. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa karnego – 42 ECTS
9. Modul: Magstrandenseminar - **oblig.** – 24 ECTS
9. Modul: Seminarium magisterskie - **oblig.** – 24 ECTS

Grundlagen der Anrechnung der Module und der Zuteilung der Lehrveranstaltungen / Zasady zaliczania modułów i przydzielania zajęć:

1. Der/Die Studierende erwirbt insgesamt 300 ECTS, darunter 174 ECTS-Punkte aus den obligatorischen Modulen.
Weitere 126 ECTS wird er/sie aus drei der vier fakultativen Module erwerben, nämlich:
 - Grundlagen der Rechtswissenschaft
 - Vertiefung im öffentlichen Recht
 - Vertiefung im Privatrecht
 - Vertiefung im Strafrecht.

In jedem der drei gewählten fakultativen Module sind jeweils 42 ECTS-Punkte zu erwerben. Wer das Modul „Grundlagen der Rechtswissenschaft“ wählt, hat darin 47 ECTS-Punkte zu erwerben, weil es zusätzlich zu den fakultativen Lehrveranstaltungen (insgesamt 42 ECTS-Punkte) auch obligatorische Lehrveranstaltungen (5 ECTS-Punkte) enthält.

Łącznie student zdobędzie 300 ECTS.

Z modułów obligatoryjnych: 174 ECTS (patrz wyżej). Pozostałe 126 ECTS ma zdobyć wybierając: trzy z czterech modułów do wyboru, tj.:

- ogólne podstawy prawoznawstwa
- pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa publicznego
- pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa prywatnego
- pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa karnego.

Zaliczenie każdego z trzech wybranych modułów wymaga zebrania w nim po 42 ECTS z tym, że

jeżeli wybrano moduł: ogólne podstawy prawoznawstwa, to z tego modułu 47 ECTS, ponieważ zawiera on obok przedmiotów do wyboru (łącznie 42 ECTS) również przedmioty obowiązkowe (5 ECTS).

2. Die Zahl der Stunden (= Präsenzstunden) und der ECTS-Punkte entsprechen der allgemeinen Grundsätzen, insbesondere dem Beschluss Nr. 285/2011/2012 des Senats der UAM.
Liczby godzin i punktów ECTS są ustalone zgodnie z zasadami ogólnymi, zwłaszcza uchwałą Senatu UAM nr 285/2011/2012.
3. Über die Dozenten oder Dozentinnen des polnischen Rechts entscheidet der Dekan oder die Dekanin der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM in Poznań. Über die Dozenten oder Dozentinnen der Lehrveranstaltungen zum deutschen Recht entscheidet der Dekan oder die Dekanin der Juristischen Fakultät der EUV. Die Vereinbarung zwischen den Fakultäten sieht besondere Regelungen für die Professoren oder Professorinnen des polnischen Rechts an der EUV (CP) vor.
Decyzje w sprawie wykładowców prawa polskiego podejmuje Dziekan Wydziału Prawa i Administracji UAM w Poznaniu, a w sprawach wykładowców prawa niemieckiego Dziekan Wydziału Prawa EUV. W porozumieniu między wydziałami przewidziane są szczególne reguły dotyczące profesorów prawa polskiego na EUV (CP).
4. Die sog. übernationalen Fächer sind nach dem Kriterium der führenden Lehrsprache zwischen deutschen und polnischen Dozenten und Dozentinnen verteilt. Im Studienplan ist die Anwendung der Lehrsprache mit dem Kennzeichen D – Deutsch oder PL – Polnisch veranschaulicht. Die von den Dekanen benannten Dozenten oder Dozentinnen sollen im Bereich der von ihnen angebotenen Lehrveranstaltungen publiziert haben.
Tzw. Przedmioty ponadnarodowe są rozdzielane między wykładowców polskich i niemieckich według kryterium wiodącego języka nauczania. Zastosowanie w planie studiów kryterium języka zajęć znajduje wyraz poprzez posługiwanie się skrótami D- język niemiecki, PL – język polski. Wyznaczeni przez Dziekanów wykładowcy powinni mieć publikacje z zakresu dydaktyki.
5. Über die Dozenten oder Dozentinnen der fakultativen Lehrveranstaltungen in den Modulen „Vertiefung“ entscheidet der jeweilige Dekan oder die jeweilige Dekanin.
Wykładowcy przedmiotów do wyboru w modułach pogłębiających ustaleni są przez właściwego Dziekana.
6. Das Magistrandenseminar umfasst die Vorbereitung und die Abgabe der Magisterarbeit sowie die Vorbereitung der Magisterprüfung.
Seminarium magisterskie obejmuje przygotowanie i złożenie pracy magisterskiej oraz przygotowanie do egzaminu magisterskiego.
7. Die nach diesem Plan gestalteten Module führen die allgemeinen Lernergebnisse mit den speziellen der rechtswissenschaftlichen Bereiche zusammen.
Tak zbudowane moduły łączą się z efektami kształcenia, tak podstawowymi jak i w zakresie działów prawoznawstwa.
8. Mindestens eine der in einem Studienjahr angebotenen allgemeinen universitären Lehrveranstaltungen muss einen wirtschaftswissenschaftlichen Inhalt aufweisen. Diese Lehrveranstaltungen dürfen nicht durch eine juristische Fakultät angeboten werden (vgl. § 5 Abs. 9 S. 1 dieser Studien- und Prüfungsordnung).
Co najmniej jeden z oferowanych w danym roku akademickim przedmiotów ogólniakademickich musi zawierać treści z obszaru nauk ekonomicznych. Przedmioty te nie mogą być oferowane przez wydział prawa (patrz § 5 ust. 9 zd. 1 niniejszego Regulaminu).
9. Studierende müssen im Laufe des ganzen Studiums zwei von drei Grundlagenseminaren ihrer Wahl absolvieren.
W całym okresie studiów studenci zobowiązani są do zaliczenia dwóch z trzech seminariów podstawowych wedle własnego wyboru.

Die besondere Position der Fremdsprache im Studienplan/ Szczególna pozycja języka obcego w planie studiów

Im ersten Studienjahr wird die Funktion eines Lektorates einer Fremdsprache (§ 14 Abs. 2 Pkt. 2 des Beschlusses Nr. 285/2011/2012 des Senats der UAM) durch die Teilnahme an den obligatorischen in deutscher Sprache geführten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 210 SWS erfüllt.

Darüber hinaus wird den Studierenden die Möglichkeit, Unterricht in einer anderen Fremdsprache (darunter auch die Fortbildung in deutscher bzw. polnischer Sprache) im Rahmen der durch das Sprachenzentrum der EUV angebotenen Lehrveranstaltungen gewährt.

Die Prüfung in einer Fremdsprache findet nach jedem Semester statt. Deswegen werden die ECTS-Punkte nach jedem der beiden Semester zuerkannt.

Na pierwszym roku studiów funkcja dydaktyczna lektoratu z języka obcego (§ 14 ust. 2 pkt 2 uchwały nr 285/2011/2012 Senatu UAM) jest realizowana poprzez udział w obowiązkowych zajęciach prowadzonych w języku niemieckim w wymiarze nie mniej niż 210 godzin.

Studenci mają nadto zapewnioną możliwość nauki innego języka obcego (także doskonalenie języka niemieckiego lub polskiego) w ramach zajęć prowadzonych przez Centrum Językowe EUV.

Egzamin z języka obcego ma miejsce po każdym semestrze. Z tego względu punkty ECTS są przyznawane po każdym z obu semestrów.

Gliederung der Module/ Podział na moduły:

1. Modul: Bildung von Sozialkompetenzen – oblig.

1. Modul: Zajęcia rozwijające kompetencje społeczne – oblig.

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|--|----------------------|---|---------------|
| Sport/ Sport | 4 | 60 | 2 |
| Praktikum/ Praktyka | 5, 6 | 120 | 2 |
| Arbeitsschutz und Arbeitshygiene/ BHP | 2 | 6 | 0 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 186 h | 4 ECTS |

2. Modul: Grundlagen der Rechtswissenschaft (oblig. 60 h / 5 ECTS)

2. Modul: Ogólne podstawy prawoznawstwa (z modułu obligatoryjne jest 60 h / 5 ECTS)

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester / Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|--|--------------------------|---|---------------------------|
| Einführung in die Rechtswissenschaft (PL)/ Wprowadzenie do prawoznawstwa (PL) – oblig. | 1 | 30 | 4 |
| Juristische Fachsprache Terminologia prawnicza – oblig. | 1 | 30 | 1 |
| Rechtstheorie (PL)/ Teoria prawa (PL) | 9 | 30 | 8 |
| Fremdsprache/ Język obcy Stufe/ Poziom B/B+ | 7, 8 | 120 | 16 |
| Schlüsselqualifikationen (z.B. Mediation, Rhetorik)/ Kluczowe kwalifikacje (np. mediacja, retoryka) | 5 | 30 | 4 |
| Rechtlicher Schutz der Menschenrechte (PL)/ Prawna ochrona praw człowieka (PL) | 3 | 30 | 4 |
| Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 1/ Przedmiot ogólnoakademicki 1 | 3 | 30 | 2 |
| Wahlfach – Vertiefung 1 (D)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 1 (D) | 6 | 30 | 3 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (G-1)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (O-1) | 8 | 30 | 1 |
| Grundlagenseminar/ Seminarium podstawowe | 9 | 30 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 390 h (60+330) | 47 ECTS (5+42) |

3. Modul: Grundlagen des öffentlichen Rechts – oblig.**3. Modul: Podstawy prawa publicznego – oblig.**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|---|------------------------------|---|----------------|
| Geschichte des polnischen öffentlichen Rechts im europäischen Kontext (PL)/Historia polskiego prawa publicznego w kontekście europejskim (PL) | 1 | 30 | 3 |
| Politische und rechtliche Doktrinen (PL)/Doktryny polityczno-prawne (PL) | 2 | 30 | 4 |
| Polnisches Verfassungsrecht/ Polskie prawo konstytucyjne | 2 | 30 | 5 |
| Deutsches Öffentliches Recht: GK I/ Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy I | 3 | 60 | 6 |
| Deutsches Öffentliches Recht: GK I (AG)/ Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy I (AG) | 3 | 30 | 2 |
| Deutsches Öffentliches Recht: GK II/ Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy II | 4 | 60 | 6 |
| Europarecht (D)/ Prawo europejskie (D) | 4 | 60 | 6 |
| Polnisches Verwaltungsrecht/ Polskie prawo administracyjne | 5 | 30 | 4 |
| Polnisches Verwaltungsrecht (K)/ Polskie prawo administracyjne (K) | 5 | 30 | 2 |
| Polnisches Verwaltungsprozessrecht/ Polskie postępowanie administracyjne | 6 | 30 | 4 |
| Polnisches Verwaltungsprozessrecht (K)/ Polskie postępowanie administracyjne (K) | 6 | 30 | 2 |
| Polnisches Wirtschaftsverwaltungsrecht | 6 | 30 | 3 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 450 h | 47 ECTS |

4. Modul: Vertiefung im öffentlichen Recht

4. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa publicznego

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|---|----------------------|---|----------------|
| Deutsches Öffentliches Recht: GK III/ Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy III | 5 | 30 | 2 |
| Deutsches Öffentliches Recht: GK III (AG)/ Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy III (AG) | 5 | 30 | 2 |
| Völkerrecht (D)/ Międzynarodowe prawo publiczne (D) | 7 | 30 | 4 |
| Polnisches Finanzrecht/ Polskie prawo finansowe | 8 | 30 | 4 |
| <i>Grundlagenseminar/</i> Seminarium podstawowe <i>ODER/ LUB</i> <i>Wahlfach – Vertiefung 1 (PL)/</i> Przedmiot do wyboru – pogłębienie 1 (PL) | 6 | 30 | 3 |
| Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 2/ Przedmiot ogólnoakademicki 2 | 3 | 30 | 2 |
| Wahlfach – Vertiefung 2 (PL)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 2 (PL) | 7 | 30 | 4 |
| Wahlfach – Vertiefung 3 (D)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 3 (D) | 8 | 30 | 5 |
| Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – öffentliches Recht/ Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo publiczne | 9 | 30 | 8 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (öR-1)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (Pu-1) | 3 | 30 | 4 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (öR-2)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (Pu-2) | 9 | 30 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 330 h | 42 ECTS |

5. Modul: Grundlagen des Privatrechts – oblig.**5. Modul: Podstawy prawa prywatnego – oblig.**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|--|------------------------------|---|----------------|
| Römisches Recht (PL)/ Prawo rzymskie (PL) | 2 | 30 | 3 |
| Europäische Rechtsgeschichte (D)/ Historia prawa prywatnego w Europie (D) | 1 | 30 | 3 |
| Deutsches Zivilrecht: GK I/Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy I | 1 | 60 | 6 |
| Deutsches Zivilrecht: Methodik/Niemieckie prawo cywilne: Metodyka | 1 | 30 | 3 |
| Deutsches Zivilrecht: GK I (AG)/Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy I (AG) | 1 | 30 | 2 |
| Deutsches Zivilrecht: GK II/Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy II | 2 | 60 | 6 |
| Polnisches Zivilrecht I: Allgemeiner Teil, Schuldrecht/ Polskie prawo cywilne I: Część ogólna, Prawo zobowiązań | 3, 4 | 60 | 6 |
| Polnisches Zivilrecht I (K)/ Polskie prawo cywilne I (K) | 4 | 30 | 2 |
| Polnisches Zivilrecht II: Sachen-, Erb- und Familienrecht/ Polskie prawo cywilne II: Prawo rzeczowe, spadkowe i rodzinne | 5, 6 | 60 | 6 |
| Polnisches Zivilrecht II (K)/ Polskie prawo cywilne II (K) | 6 | 30 | 2 |
| Polnisches Zivilprozessrecht/ Polskie postępowanie cywilne | 7 | 45 | 3 |
| Polnisches Zivilprozessrecht (K)/ Polskie postępowanie cywilne (K) | 7 | 30 | 2 |
| Polnisches Gesellschaftsrecht/ Polskie prawo spółek | 5 | 30 | 3 |
| Insgesamt/ Łącznie | | 525 h | 47 ECTS |

6. Modul: Vertiefung im Privatrecht**6. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa prywatnego**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|--|----------------------|---|----------------|
| Deutsches Zivilrecht: GK III/ Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy III | 3 | 60 | 4 |
| Deutsches Zivilprozessrecht: Überblick/ Niemieckie postępowanie cywilne: Zarys | 8 | 30 | 5 |
| Deutsches Gesellschaftsrecht/ Niemieckie prawo spółek | 7 | 30 | 4 |
| Internationales Privatrecht (PL)/ Międzynarodowe prawo prywatne (PL) | 8 | 30 | 4 |
| Internationales Privatrecht (D)/ Międzynarodowe prawo prywatne (D) | 9 | 30 | 4 |
| Polnisches Arbeits- und Sozialrecht/ Polskie prawo pracy i socjalne | 5 | 30 | 4 |
| Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 3/ Przedmiot ogólnoakademicki 3 | 3 | 30 | 2 |
| Wahlfach – Vertiefung 1 (D)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 1 (D) | 6 | 30 | 3 |
| Grundlagenseminar/ Seminarium podstawowe ODER/ LUB Wahlfach – Vertiefung 2 (PL)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 2 (PL) | 7 | 30 | 4 |
| Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Zivilrecht/Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo prywatne | 9 | 30 | 8 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 330 h | 42 ECTS |

7. Modul: Grundlagen des Strafrechts – oblig.

7. Modul: Podstawy prawa karnego – oblig.

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|---|----------------------|---|----------------|
| Grundzüge der Rechtsphilosophie (D)/ Podstawy filozofii prawa (D) | 2 | 30 | 4 |
| Logik für Juristen (D)/ Logika dla prawników (D) | 3 | 30 | 4 |
| Deutsches Strafrecht: GK I/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy I | 1 | 60 | 6 |
| Deutsches Strafrecht: GK I (AG)/Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy I (AG) | 1 | 30 | 2 |
| Deutsches Strafrecht: GK II/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy II | 2 | 30 | 4 |
| Deutsches Strafrecht: Methodik/ Niemieckie prawo karne: Metodyka | 2 | 30 | 4 |
| Polnisches Strafrecht I und II/ Polskie prawo karne I i II | 3, 4 | 60 | 6 |
| Polnisches Strafrecht (K)/ Polskie prawo karne (K) | 4 | 30 | 2 |
| Polnisches Steuerstrafrecht/ Polskie prawo karne skarbowe | 8 | 30 | 4 |
| Polnisches Strafprozessrecht/ Polskie postępowanie karne | 5 | 45 | 6 |
| Polnisches Strafprozessrecht (K)/ Polskie postępowanie karne (K) | 5 | 30 | 2 |
| Europäisches Strafrecht (D) | 6 | 30 | 3 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 435 h | 47 ECTS |

8. Modul: Vertiefung im Strafrecht**8. Moduł: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa karnego**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|--|----------------------|---|----------------|
| Deutsches Strafrecht: GK III/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy III | 3 | 45 | 4 |
| <i>Grundlagenseminar/</i> Seminarium podstawowe <i>ODER/ LUB</i> <i>Wahlfach – Vertiefung 1 (PL)/</i> Przedmiot do wyboru – pogłębienie 1 (PL) | 5 | 30 | 3 |
| Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 4/ Przedmiot ogólnoakademicki 4 | 3 | 30 | 2 |
| Wahlfach – Vertiefung 2 (D)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 2 (D) | 6 | 30 | 4 |
| Wahlfach – Vertiefung 3 (PL)/ Przedmiot do wyboru – pogłębienie 3 (PL) | 8 | 30 | 4 |
| Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Strafrecht/ Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo karne | 9 | 30 | 8 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-1)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-1) | 7 | 30 | 4 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-2)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-2) | 7 | 30 | 4 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-3)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-3) | 8 | 30 | 5 |
| Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-4)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-4) | 9 | 30 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 315 | 42 ECTS |

9. Modul: Magstrandenseminar - oblig.

9. Modul: Seminarium magisterskie – oblig.

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Semester/ Semestr | Zahl der Stunden (Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|--|----------------------|--|----------------|
| Magstrandenseminar I und II/ Seminarium magisterskie I i II | 9, 10 | 60 | 20 |
| Magisterprüfung / Egzamin magisterski | 10 | 0 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | | 60 h | 24 ECTS |

Zusammenfassung/ Podsumowanie:

| Module/ Moduły | Zahl der Stunden (Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|----------------------------|--|--|
| 1. (oblig.) | 186 | 4 |
| 2. (oblig. 75 h / 5 ECTS) | 390 (60+330) | 47 (5+42) |
| 3. (oblig.) | 450 | 47 |
| 4. | 330 | 42 |
| 5. (oblig.) | 525 | 47 |
| 6. | 330 | 42 |
| 7. (oblig.) | 435 | 47 |
| 8. | 315 | 42 |
| 9. (oblig.) | 60 | 24 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 3051 (wovon/ z czego 1716 oblig.) | 342 (wovon/ z czego 174 oblig.) |

Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| Module/ Moduły | Zahl der Stunden (Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|----------------------------|--|------------|
| 1. | 186 | 4 |
| 2. | 60 | 5 |
| 3. | 450 | 47 |
| 5. | 525 | 47 |
| 7. | 435 | 47 |
| 9. | 60 | 24 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 1716 oblig. | 174 |

Fakultative Module-Kombinationen/ Moduły do wyboru-kombinacje:

2. Modul: Grundlagen der Rechtswissenschaft
2. Modul: Ogólne podstawy prawoznawstwa
4. Modul: Vertiefung im öffentlichen Recht
4. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa publicznego
6. Modul: Vertiefung im Privatrecht
6. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa prywatnego
8. Modul: Vertiefung im Strafrecht
8. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa karnego

| Module/ Moduły | Zahl der Stunden (Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|-------------------------------------|---|-------------|
| 1. Variante/ wariant 1: 2.+4.+6. | 995 | 126 |
| 2. Variante/ wariant 2: 2.+4.+8. | 975 | 126 |
| 3. Variante/ wariant 3: 4.+6.+8. | 975 | 126 |

**Obligatorische und fakultative Module-Kombinationen/
Moduły obligatoryjne i do wyboru-kombinacje:**

| Module/ Moduły | Zahl der Stunden (Präsenzstunden)/ Liczba godzin | ECTS |
|---|---|-------------|
| Oblig. + 1. Variante/ Oblig. + wariant 1 | 2.771 | 300 |
| Oblig. + 2. Variante/ Oblig. + wariant 2 | 2.751 | 300 |
| Oblig. + 3. Variante/ Oblig. + wariant 3 | 2.691 | 300 |

Anlage 2

Studienverlaufsplan

Plan zajęć

Juristische Module/ Moduły prawnicze:

1. Modul: Bildung von Sozialkompetenzen – **obligatorisch** – 4 ECTS
1. Modul: Zajęcia rozwijające kompetencje społeczne – **obligatoryjny** – 4 ECTS
2. Modul: Grundlagen der Rechtswissenschaft – (**oblig.** im Rahmen von 5 ECTS) – 5 bzw. 47 ECTS
2. Modul: Ogólne podstawy prawoznawstwa – (**oblig.** w zakresie 5 ECTS) – 5 lub 47 ECTS
3. Modul: Grundlagen des öffentlichen Rechts – **oblig.** – 47 ECTS
3. Modul: Podstawy prawa publicznego – **oblig.** – 47 ECTS
4. Modul: Vertiefung im öffentlichen Recht – 42 ECTS
4. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa publicznego – 42 ECTS
5. Modul: Grundlagen des Privatrechts – **oblig.** – 47 ECTS
5. Modul: Podstawy prawa prywatnego – **oblig.** – 47 ECTS
6. Modul: Vertiefung im Privatrecht – 42 ECTS
6. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa prywatnego – 42 ECTS
7. Modul: Grundlagen des Strafrechts – **oblig.** – 47 ECTS
7. Modul: Podstawy prawa karnego – **oblig.** – 47 ECTS
8. Modul: Vertiefung im Strafrecht – 42 ECTS
8. Modul: Pogłębienie umiejętności i kompetencji w zakresie prawa karnego – 42 ECTS
9. Modul: Magstrandenseminar - **oblig.** – 24 ECTS
9. Modul: Seminarium magisterskie - **oblig.** – 24 ECTS

I. STUDIENJAHR/ I. ROK:

1. Semester/ Semestr:

Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|---|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Einführung in die Rechtswissenschaft (PL)/Wprowadzenie do prawoznawstwa (PL)</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Juristische Fachsprache/ Terminologia prawnicza</i> | 30 | 0 | 30 | 1 |
| <i>Geschichte des polnischen öffentlichen Rechts im europäischen Kontext (PL)/ Historia polskiego prawa publicznego w kontekście europejskim (PL)</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Europäische Rechtsgeschichte (D)/ Historia prawa prywatnego w Europie (D)</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Deutsches Zivilrecht: GK I/ Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy I</i> | 60 | 120 | 180 | 6 |
| <i>Deutsches Zivilrecht: Methodik/ Niemieckie prawo cywilne: Metodyka</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Deutsches Zivilrecht: GK I (AG)/ Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy I (AG)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Deutsches Strafrecht: GK I/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy I</i> | 60 | 120 | 180 | 6 |
| <i>Deutsches Strafrecht: GK I (AG)/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy I (AG)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 330 | 570 | 900 | 30 |

2. Semester/ Semestr:

Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Politische und rechtliche Doktrinen (PL)/ Doktryny polityczno-prawne (PL)</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Römisches Recht (PL)/ Prawo rzymskie (PL)</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Grundzüge der Rechtsphilosophie (D)/ Podstawy filozofii prawa (D)</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Polnisches Verfassungsrecht/ Polskie prawo konstytucyjne</i> | 30 | 120 | 150 | 5 |
| <i>Deutsches Zivilrecht: GK II/ Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy II</i> | 60 | 120 | 180 | 6 |
| <i>Deutsches Strafrecht: GK II/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy II</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Deutsches Strafrecht: Methodik/ Niemieckie prawo karne: Metodyka</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Arbeitsschutz und Arbeitshygiene/ BHP</i> | 6 | 0 | 6 | 0 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 246 | 660 | 906 | 30 |

Zusammenfassung I. Studienjahr/ Podsumowanie I. rok:

| | Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin | | ECTS | |
|---|---|----------------------------------|---------------|----------------------------------|
| | <i>oblig.</i> | <i>fakultativ/ do wyboru</i> | <i>oblig.</i> | <i>fakultativ/ do wyboru</i> |
| 1. Semester/ Semestr | 330 | - | 30 | - |
| 2. Semester/ Semestr | 246 | - | 30 | - |
| Insgesamt I. Studienjahr / Łącznie I. rok: | 576 | | 60 | |

II. STUDIENJAHR/ II. ROK:

3. Semester/ Semestr:

Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Logik für Juristen (D)/</i> Logika dla prawników (D) | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Deutsches Öffentliches Recht: GK I/</i> Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy I | 60 | 120 | 180 | 6 |
| <i>Deutsches Öffentliches Recht: GK I (AG)/</i> Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy I (AG) | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Polnisches Zivilrecht I: Allgemeiner Teil/</i> Polskie prawo cywilne I: Część ogólna | 30 | 0 | 30 | 0 |
| <i>Polnisches Strafrecht I/</i> Polskie prawo karne I | 30 | 0 | 30 | 0 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 180 | 240 | 420 | 12 |

Fakultative Module/ Moduły do wyboru (drei von vier/ trzy z czterech):

| Grundlagen der Rechtswissenschaft/ Ogólne podstawy prawoznawstwa | | | Öffentliches Recht – Vertiefung/ Prawo publiczne – pogłębienie umiejętności | | | Zivilrecht – Vertiefung/ Prawo prywatne – pogłębienie umiejętności | | | Strafrecht – Vertiefung/ Prawo karne -pogłębienie umiejętności | | |
|---|--|----------|---|--|----------|--|--|----------|--|--|----------|
| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS |
| <i>Rechtlicher Schutz der Menschenrechte (PL)/ Prawna ochrona praw człowieka (PL)</i> | 30 ⁷ 90 120 | 4 | <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (öR- 1)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (Pu- 1)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Deutsches Zivilrecht: GK III/ Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy III</i> | 60 60 120 | 4 | <i>Deutsches Strafrecht: GK III/ Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy III</i> | 45 75 120 | 4 |
| <i>Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 1/ Przedmiot ogólno- akademicki 1</i> | 30 30 60 | 2 | <i>Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 2/ Przedmiot ogólno- akademicki 2</i> | 30 30 60 | 2 | <i>Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 3/ Przedmiot ogólno- akademicki 3</i> | 30 30 60 | 2 | <i>Allgemeine universitäre Lehrveranstaltung 4/ Przedmiot ogólno- akademicki 4</i> | 30 30 60 | 2 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 60 120 180 | 6 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 120 180 | 6 | Insgesamt/ Łącznie: | 90 90 180 | 6 | Insgesamt/ Łącznie: | 75 105 180 | 6 |

⁷ In der Spalte „Zahl der Stunden“ stellt die erste Zahl die Präsenzstunden dar. Danach werden die Stunden aufgeführt, die für Selbststudium einschließlich Kontaktzeit vorgesehen sind. Bei der dritten Zahl handelt es sich um die Summe aus den beiden zuerst genannten Zahlen (Arbeitsbelastung, workload).

4. Semester/ Semestr:

Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Deutsches Öffentliches Recht: GK II/ Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy II</i> | 60 | 120 | 180 | 6 |
| <i>Europarecht / Prawo europejskie (D)</i> | 60 | 120 | 180 | 6 |
| <i>Polnisches Zivilrecht I: Schuldrecht/ Polskie prawo cywilne I: Prawo zobowiązań</i> | 30 | 120 | 150 (+ 30 im 3. Sem.) | 6 |
| <i>Polnisches Zivilrecht 1 (K)/ Polskie prawo cywilne 1 (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Polnisches Strafrecht II/ Polskie prawo karne II</i> | 30 | 120 | 150 (+ 30 im 3. Sem.) | 6 |
| <i>Polnisches Strafrecht (K)/ Polskie prawo karne (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Sport / Sport</i> | 60 | 0 | 60 | 2 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 300 | 540 | 840 | 30 |

Zusammenfassung II. Studienjahr/ Podsumowanie II. rok:

| | Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin | | ECTS | |
|--|---|----------------------------------|-------------|----------------------------------|
| | oblig. | <i>fakultativ/ do wyboru</i> | oblig. | <i>fakultativ/ do wyboru</i> |
| 3. Semester/ Semestr | 180 | 210/195/225 | 12 | 18 |
| 4. Semester/ Semestr | 300 | 0 | 30 | 0 |
| Insgesamt II. Studienjahr/ Łącznie II. rok: | 690/ 675/ 705 | | 60 | |

III. STUDIENJAHR/ III. ROK:

5. Semester/ Semestr:

Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| <i>Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu</i> | <i>Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin</i> | <i>Selbst- studium</i> | <i>Arbeits- belastung</i> | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Polnisches Verwaltungsrecht/ Polskie prawo administracyjne</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Polnisches Verwaltungsrecht (K)/ Polskie prawo administracyjne (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Polnisches Zivilrecht II: Sachenrecht/ Polskie prawo cywilne II: Prawo rzeczowe</i> | 30 | 0 | 30 | 0 |
| <i>Polnisches Gesellschaftsrecht/ Polskie prawo spółek</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Polnisches Strafprozessrecht/ Polskie postępowanie karne</i> | 45 | 135 | 180 | 6 |
| <i>Polnisches Strafprozessrecht (K)/ Polskie postępowanie karne (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Praktikum/ Praktyka</i> | 60 | 0 | 60 | 1 |
| <i>Insgesamt/ Łącznie:</i> | 255 | 345 | 600 | 18 |

Fakultative Module/ Moduły do wyboru (drei von vier/ trzy z czterech):

| Grundlagen der Rechtswissenschaft/ Ogólne podstawy prawoznawstwa | | | Öffentliches Recht – Vertiefung/ Prawo publiczne – pogłębienie umiejętności | | | Zivilrecht – Vertiefung/ Prawo prywatne – pogłębienie umiejętności | | | Strafrecht – Vertiefung/ Prawo karne -pogłębienie umiejętności | | |
|---|--|----------|--|--|----------|---|--|----------|---|--|----------|
| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS |
| Schlüssel- qualifikationen/ Kluczowe kwalifikacje | 30 ⁸ 90 120 | 4 | Deutsches Öffentliches Recht GK III/ Niemieckie prawo publiczne: kurs podstawowy III | 30 30 60 | 2 | Polnisches Arbeits- und Sozialrecht/ Polskie prawo pracy i socjalne | 30 90 120 | 4 | Grundlagenseminar – Strafrecht/ Seminarium podstawowe – prawo karne ODER Wahlfach – Vertiefung 1(PL)/ Przedmiot do wyboru 1 (PL) | 30 60 90 | 3 |
| - | | | Deutsches Öffentliches Recht GK III (AG)/ Niemieckie prawo publiczne kurs podstawowy III (AG) | 30 30 60 | 2 | - | | | - | | |
| Insgesamt/ Łącznie: | 30 90 120 | 4 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 60 120 | 4 | Insgesamt/ Łącznie: | 30 90 120 | 4 | Insgesamt/ Łącznie: | 30 60 90 | 3 |

⁸ In der Spalte „Zahl der Stunden“ stellt die erste Zahl die Präsenzstunden dar. Danach werden die Stunden aufgeführt, die für Selbststudium einschließlich Kontaktzeit vorgesehen sind. Bei der dritten Zahl handelt es sich um die Summe aus den beiden zuerst genannten Zahlen (Arbeitsbelastung, workload).

6. Semester/ Semestr:**Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|---|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Polnisches Verwaltungsprozessrecht/ Polskie postępowanie administracyjne</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| <i>Polnisches Verwaltungsprozessrecht (K)/ Polskie postępowanie administracyjne (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Polnisches Zivilrecht II: Erb- und Familienrecht/ Polskie prawo cywilne II – Prawo spadkowe i rodzinne</i> | 30 | 120 | 150 (+ 30 im 5. Sem.) | 6 |
| <i>Polnisches Zivilrecht II (K)/ Polskie prawo cywilne II (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| <i>Polnisches Wirtschaftsverwaltungsrecht/ Polskie publiczne prawo gospodarcze</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Europäisches Strafrecht (D)/ Europejskie prawo karne (D)</i> | 30 | 60 | 90 | 3 |
| <i>Praktikum/ Praktyka</i> | 60 | 0 | 60 | 1 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 240 | 390 | 630 | 21 |

Fakultative Module/ Moduły do wyboru (drei von vier/ trzy z czterech):

| Grundlagen der Rechtswissenschaft/ Ogólne podstawy prawoznawstwa | | | Öffentliches Recht – Vertiefung/ Prawo publiczne – pogłębienie umiejętności | | | Zivilrecht – Vertiefung/ Prawo prywatne – pogłębienie umiejętności | | | Strafrecht – Vertiefung/ Prawo karne -pogłębienie umiejętności | | |
|---|--|----------|--|--|----------|---|--|----------|---|--|----------|
| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS |
| <i>Wahlfach – Vertiefung 1 (D)/ Przedmiot do wyboru 1 (D)</i> | 30 ⁹ 60 90 | 3 | <i>Grundlagenseminar – öffentliches Recht/ Seminarium podstawowe – prawo publiczne ODER Wahlfach – Vertiefung 1 (PL)/ Przedmiot do wyboru 1 (PL)</i> | 30 60 90 | 3 | <i>Wahlfach – Vertiefung 1 (D)/ Przedmiot do wyboru 1 (D)</i> | 30 60 90 | 3 | <i>Wahlfach – Vertiefung 2 (D)/ Przedmiot do wyboru 2 (D)</i> | 30 90 120 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 30 60 90 | 3 | Insgesamt/ Łącznie: | 30 60 90 | 3 | Insgesamt/ Łącznie: | 30 60 90 | 3 | Insgesamt/ Łącznie: | 30 90 120 | 4 |

⁹ In der Spalte „Zahl der Stunden“ stellt die erste Zahl die Präsenzstunden dar. Danach werden die Stunden aufgeführt, die für Selbststudium einschließlich Kontaktzeit vorgesehen sind. Bei der dritten Zahl handelt es sich um die Summe aus den beiden zuerst genannten Zahlen (Arbeitsbelastung, workload).

Zusammenfassung III. Studienjahr/ Podsumowanie III. rok:

| | Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin | | ECTS | |
|---|---|----------------------------------|-------------|----------------------------------|
| | oblig. | <i>fakultativ/ do wyboru</i> | oblig. | <i>fakultativ/ do wyboru</i> |
| 5. Semester/ Semestr | 255 | 120/90 | 18 | 11/12 |
| 6. Semester/ Semestr | 240 | 90 | 21 | 10/9 |
| Insgesamt III. Studienjahr / Łącznie III. rok: | 705/675 | | 60 | |

IV. STUDIENJAHR/ IV. ROK:**7. Semester/ Semestr:****Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|---|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Polnisches Zivilprozessrecht/ Polskie postępowanie cywilne</i> | 45 | 45 | 90 | 3 |
| <i>Polnisches Zivilprozessrecht (K)/ Polskie postępowanie cywilne (K)</i> | 30 | 30 | 60 | 2 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 75 | 75 | 150 | 5 |

Fakultative Module/ Moduły do wyboru (drei von vier/ trzy z czterech):

| Grundlagen der Rechtswissenschaft/ Ogólne podstawy prawoznawstwa | | | Öffentliches Recht – Vertiefung/ Prawo publiczne – pogłębienie umiejętności | | | Zivilrecht – Vertiefung/ Prawo prywatne – pogłębienie umiejętności | | | Strafrecht – Vertiefung/ Prawo karne -pogłębienie umiejętności | | |
|---|--|----------|--|--|----------|--|--|----------|--|--|----------|
| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS |
| <i>Fremdsprache/ Język obcy</i> | 60 ¹⁰ 180 240 | 8 | <i>Völkerrecht (D)/ Prawo międzynarodowe publiczne (D)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Grundlagenseminar – Zivilrecht / Seminarium podstawowe – prawo cywilne ODER Wahlfach – Vertiefung 2(PL)/ Przedmiot do wyboru 1 (PL)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-1)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-1)</i> | 30 90 120 | 4 |
| - | - | - | <i>Wahlfach – Vertiefung 2 (PL)/ Przedmiot do wyboru 2 (PL)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Deutsches Gesellschaftsrecht/ Niemieckie prawo spółek</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (SR- 2)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K- 2)</i> | 30 90 120 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 60 180 240 | 8 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 180 240 | 8 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 180 240 | 8 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 180 240 | 8 |

¹⁰ In der Spalte „Zahl der Stunden“ stellt die erste Zahl die Präsenzstunden dar. Danach werden die Stunden aufgeführt, die für Selbststudium einschließlich Kontaktzeit vorgesehen sind. Bei der dritten Zahl handelt es sich um die Summe aus den beiden zuerst genannten Zahlen (Arbeitsbelastung, workload).

8. Semester/ Semestr:

Fakultative Module/ Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Polnisches Steuerstrafrecht/ Polskie prawo karne skarbowe</i> | 30 | 90 | 120 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 30 | 90 | 120 | 4 |

Moduły do wyboru (*drei von vier/* trzy z czterech):

| <i>Grundlagen der Rechtswissenschaft/ Ogólne podstawy prawoznawstwa</i> | | | <i>Öffentliches Recht – Vertiefung/ Prawo publiczne – pogłębienie umiejętności</i> | | | <i>Zivilrecht – Vertiefung/ Prawo prywatne – pogłębienie umiejętności</i> | | | <i>Strafrecht – Vertiefung/ Prawo karne -pogłębienie umiejętności</i> | | |
|---|--|----------|--|--|----------|---|--|----------|--|--|----------|
| <i>Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu</i> | <i>Zahl der Stunden/ I. godz</i> | ECTS | <i>Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu</i> | <i>Zahl der Stunden/ I. godz</i> | ECTS | <i>Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu</i> | <i>Zahl der Stunden/ I. godz</i> | ECTS | <i>Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu</i> | <i>Zahl der Stunden/ I. godz</i> | ECTS |
| <i>Fremdsprache/ Język obcy</i> | 60 ¹¹ 180 240 | 8 | <i>Wahlfach- Vertiefung 3 (D)/ Przedmiot do wyboru 3 (D)</i> | 30 120 150 | 5 | <i>Deutsches Zivilprozessrecht: Überblick/ Niemieckie postępowanie cywilne: zarys</i> | 30 120 150 | 5 | <i>Wahlfach – Vertiefung 3 (PL)/ Przedmiot do wyboru 3 (PL)</i> | 30 90 120 | 4 |
| <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (G-1)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (O-1)</i> | 30 0 30 | 1 | <i>Polnisches Finanzrecht/ Polskie prawo finansowe</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Internationales Privatrecht (PL)/ Międzynarodowe prawo prywatne (PL)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-3)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-3)</i> | 30 120 150 | 5 |
| <i>Insgesamt/ Łącznie:</i> | 90 180 270 | 9 | <i>Insgesamt/ Łącznie:</i> | 60 210 270 | 9 | <i>Insgesamt/ Łącznie:</i> | 60 210 270 | 9 | <i>Insgesamt/ Łącznie:</i> | 60 210 270 | 9 |

¹¹ In der Spalte „Zahl der Stunden“ stellt die erste Zahl die Präsenzstunden dar. Danach werden die Stunden aufgeführt, die für Selbststudium einschließlich Kontaktzeit vorgesehen sind. Bei der dritten Zahl handelt es sich um die Summe aus den beiden zuerst genannten Zahlen (Arbeitsbelastung, workload).

Zusammenfassung IV. Studienjahr/ Podsumowanie IV. rok:

| | Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin | | ECTS | |
|---|---|----------------------------------|-------------|----------------------------------|
| | oblig. | <i>fakultativ/ do wyboru</i> | oblig. | <i>fakultativ/ do wyboru</i> |
| 7. Semester/ Semestr | 75 | 180 | 5 | 24 |
| 8. Semester/ Semestr | 30 | 180/210 | 4 | 27 |
| Insgesamt IV. Studienjahr / Łącznie IV. rok: | 465/ 495 | | 60 | |

V. STUDIENJAHR/ V. ROK:**9. Semester/ Semestr:****Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:**

| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin | Selbst- studium | Arbeits- belastung | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Magistrandenseminar I/ Seminarium magisterskie I</i> | 30 | 0 | 30 | 0 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 30 | 0 | 30 | 0 |

Fakultative Module/ Moduły do wyboru (drei von vier/ trzy z czterech):

| Grundlagen der Rechtswissenschaft/ Ogólne podstawy prawoznawstwa | | | Öffentliches Recht – Vertiefung/ Prawo publiczne – pogłębienie umiejętności | | | Zivilrecht – Vertiefung/ Prawo prywatne – pogłębienie umiejętności | | | Strafrecht – Vertiefung/ Prawo karne -pogłębienie umiejętności | | |
|---|--|-----------|--|--|-----------|--|--|-----------|--|--|-----------|
| Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS | Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu | Zahl der Stunden/ I. godz | ECTS |
| <i>Rechtstheorie (PL)/ Teoria prawa (PL)</i> | 30 ¹² 210 240 | 8 | <i>Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts/ Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego</i> | 30 210 240 | 8 | <i>Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts/ Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego</i> | 30 210 240 | 8 | <i>Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts/ Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego</i> | 30 210 240 | 8 |
| <i>Grundlagenseminar/ Seminarium podstawowe</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (öR-2)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (Pu-2)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Internationales Privatrecht (D)/ Prawo prywatne międzynarodowe (D)</i> | 30 90 120 | 4 | <i>Fakultatives modulbezogenes Fach (SR-4)/ Przedmiot fakultatywny dedykowany modułowi (K-4)</i> | 30 90 120 | 4 |
| Insgesamt/ Łącznie: | 60 | 12 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 | 12 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 | 12 | Insgesamt/ Łącznie: | 60 | 12 |

¹² In der Spalte „Zahl der Stunden“ stellt die erste Zahl die Präsenzstunden dar. Danach werden die Stunden aufgeführt, die für Selbststudium einschließlich Kontaktzeit vorgesehen sind. Bei der dritten Zahl handelt es sich um die Summe aus den beiden zuerst genannten Zahlen (Arbeitsbelastung, workload).

10. Semester/ Semestr:**Obligatorische Module/ Moduły obligatoryjne:**

| <i>Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu</i> | <i>Zahl der Stunden (= Präsenz- stunden)/ Liczba godzin</i> | <i>Selbst- studium</i> | <i>Arbeits- belastung</i> | ECTS |
|--|---|----------------------------|-------------------------------|-------------|
| <i>Magistrandenseminar II/ Seminarium magisterskie II</i> | 30 | 570 | 600 | 20 |
| <i>Magisterprüfung / Egzamin magisterski</i> | 0 | 120 | 120 | 4 |
| <i>Insgesamt/ Łącznie:</i> | 30 | 690 | 720 | 24 |

Zusammenfassung V. Studienjahr/ Podsumowanie V. rok:

| | <i>Zahl der Stunden (= Präsenzstunden)/ Liczba godzin</i> | | ECTS | |
|--|---|----------------------------------|---------------|----------------------------------|
| | <i>oblig.</i> | <i>fakultativ/ do wyboru</i> | <i>oblig.</i> | <i>fakultativ/ do wyboru</i> |
| 9. Semester/ Semestr | 30 | 180 | 0 | 36 |
| 10. Semester/ Semestr | 30 | 0 | 24 | 0 |
| <i>Insgesamt V. Studienjahr / Łącznie V. rok:</i> | 240 | | 60 | |

Anlage 3

Studienordnung der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań

(Anlage zum Beschluss des Senats der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań Nr. 6/2015 vom 28. September 2015)

I. Anwendungsbereich sowie Anwendungsgrundsätze

§ 1

Diese Ordnung regelt die Organisation und den Verlauf von Universitätsstudien und damit verbundene Rechte und Pflichten des Studierenden der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, im weiteren Universität genannt.

§ 2

1. Diese Ordnung gilt für eine Person, die Studierendenrechte der Universität ausübt.

2. Studierendenrechte werden mit dem Zeitpunkt der Immatrikulation und der Ablegung des im Statut der Universität inhaltlich festgelegten Gelöbnisses erworben.

3. Studierendenrechte erlöschen mit folgendem Zeitpunkt:

1) Ablegen der Diplomprüfung mit einem positiven Ergebnis, mit Ausnahme von Personen, die das Studium des ersten Grades abgeschlossen haben und ihre Studierendenrechte bis zum 31. Oktober des Jahres, in dem das Studium endete, beibehalten.

2) Wechsel der Hochschule;

3) Streichung von der Studierendenliste.

§ 3

1. Vorschriften dieser Ordnung sind im Einklang mit den gesetzlichen und statusmäßigen Aufgaben der Universität auszulegen und anzuwenden.

2. Eine verbindliche Auslegung dieser Ordnung obliegt dem Senat der Universität.

II. Organisation des Studiums

§ 4

1. Soweit der Rektor der Universität nichts anderes anordnet, dauert das akademische Jahr vom 1. Oktober bis 30. September des folgenden Kalenderjahres.

2. Die Feriendauer beträgt insgesamt mindestens 6 Wochen, darunter 4 ununterbrochene Sommerferienwochen.

§ 5

Bis zum 30. April bestimmt der Rektor der Universität die Einzelheiten hinsichtlich der Organisation des nächsten akademischen Jahres.

§ 6

Der Rektor der Universität kann im akademischen Jahr lehrveranstaltungsfreie Tage oder Stunden anordnen.

§ 7

Der Dekan kann an einem bestimmten Tag oder zu einer bestimmten Uhrzeit den Lehrbetrieb in der Fakultät aussetzen.

§ 8

Nach Maßgabe der Beschlüsse des Senats und des Fakultätsrates bestimmt der Dekan den Lehrveranstaltungsplan für das neue akademische Jahr sowie Regeln für die Zuordnung der Studierenden zu den Lehrveranstaltungsgruppen.

III. Studienverlauf

1. Allgemeine Regeln

§ 9

Das Studium erfolgt auf der Grundlage eines Lehrprogramms des jeweiligen Studiengangs, das in dem akademischen Jahr galt, in dem der Studierende sein Studium aufgenommen hat.

§ 10

Muss das Studium nach einem neuen Lehrprogramm ausgerichtet werden, kann der Dekan anordnen, die zwischen den Studienprogrammen bestehenden Differenzen nachzuholen.

§ 11

1. Nach Stellungnahme des zuständigen Organs der studentischen Selbstverwaltung beschließt der Fakultätsrat das Lehrprogramm einschließlich des Studienplans nach Maßgabe der durch den Senat festgelegten Vorgaben.

2. Das Lehrprogramm enthält die Beschreibung der durch den Beschluss des Senats festgelegten Lehrergebnisse für den jeweiligen Studiengang, Studienniveau sowie Studienprofil sowie die Beschreibung des zu den Lehrergebnissen führenden Lehrprozesses, inklusive der Zahl der ECTS-Punkte, die den jeweiligen Modulen zugeschrieben sind, sowie der Beschreibung der für die Feststellung der Ergebnisse des Studierenden anzuwendenden Methoden nach Maßgabe der ECTS-Punkte.

3. Der Studienplan regelt insbesondere:

1) Profil und Art der Studiums (Studium des ersten Grades, Studium des zweiten Grades, einheitliches Magisterstudium) sowie deren Form (Präsenzstudium, Fernstudium);

- 2) Studiendauer mit Angabe der Semesterzahl und der Art ihrer Beendigung;
- 3) Module (Fächer), die im jeweiligen Semester angeboten werden, mit Angabe deren Umfangs in Präsenzstunden sowie der ihnen zugewiesenen Zahl der ECTS-Punkte;
- 4) Durchführungsform der Module (Lehrveranstaltungen).

4. Der Studienplan darf nicht mehr als acht Prüfungen im akademischen Jahr, darunter nicht mehr als fünf Prüfungen im Semester, mit Ausnahme der Diplomprüfung, vorsehen.

5. Das Lehrprogramm einschließlich des Studienplans wird auf der Internetseite der Fakultät spätestens vier Monate vor Beginn des akademischen Jahres durch den Dekan bekannt gegeben.

§ 12

1. Der Fakultätsrat beschließt bis zum 30. Mai die im Studienplan bezeichneten fakultativen Module (Fächer) für das nächste akademische Jahr, darunter:

- 1) Die Liste der erfassten Module (Fächer) die zur Wahl stehen;
- 2) die Regeln für die Wahl dieser Module (Fächer);
- 3) die Voraussetzungen für den Wechsel oder die Aufgabe des gewählten Moduls (Faches);
- 4) die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Pflicht zur Absolvierung des gewählten Moduls (Faches).

2. Das vom Studierenden gewählte Modul (Fach) wird zu seinem Pflichtmodul (Pflichtfach).

§ 13

(entfallen)

§ 14

1. Im begründeten Fall kann der Dekan auf Antrag des Studierenden das Absolvieren eines Teils des Studiums an einer anderen Hochschule genehmigen, indem er die Lehrergebnisse und ECTS-Punkte festlegt, die an einer anderen Hochschule zu erwerben sind, und eine Frist dafür bestimmt.

2. Grundlage der in Absatz 1 genannten Entscheidung ist eine Lehrveranstaltungsaufstellung, die dem Dekan durch den Studierenden nach Absprache mit dem Beauftragen des Dekans für den studentischen Austausch vorzulegen wird.

3. In einem begründeten Sonderfall, kann der Dekan den Studierenden während seines Studiums an einer anderen Hochschule vom Absolvieren der

im Lehrprogramm vorgesehenen Lehrveranstaltungen befreien.

§ 15

1. Auf Antrag eines hochbegabten Schülers, kann der Dekan seine Teilnahme an bestimmten im Studienverlaufsplan vorgesehenen Lehrveranstaltungen in Fachrichtungen, die im Einklang mit der Begabung des Schülers stehen, sowie deren Absolvieren bewilligen.

2. Der Fakultätsrat kann konkrete Voraussetzungen festlegen, welche ein hochbegabter Schüler erfüllen soll.

§ 15 a

1. Die Leitung der Universität ist aufgrund der Anordnungen des Rektors der Universität verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, die dazu dienen, Studierenden mit Behinderung eine vollständige Teilnahme am Lehrprozess zu ermöglichen.

2. Ein Studierender mit Behinderung darf für den eigenen Bedarf Notizen in den Lehrveranstaltungen unter Anwendung der im Hinblick auf seine Behinderung notwendigen technischen Mittel anfertigen.

2. Individuelle Studienorganisation und individueller Studienverlauf

§ 16

1. In einem begründeten Fall, kann der Dekan auf Antrag eines Studierenden eine individuelle Organisation des Studiums bewilligen. Diese berechtigt ihn, unter den mit dem für eine Lehrveranstaltung zuständigen Dozenten individuell abgestimmten Voraussetzungen und in individuell festgelegten Terminen innerhalb eines akademischen Jahres an Lehrveranstaltungen teilzunehmen und diese zu absolvieren. Ein Studierender kann auch von der Pflicht zur Teilnahme an Lehrveranstaltungen befreit werden, ohne dass er von der Pflicht zum deren Absolvieren freigestellt wird. In diesem Fall soll sich der Studierende innerhalb einer Frist von 14 Tagen ab dem Tag der Erlangung der Entscheidung bei dem Dozenten der Lehrveranstaltung melden, um die Bedingungen für das Absolvieren festzulegen.

1a. Der in Abs. 1 S. 2 genannte Studierende soll sich innerhalb einer Frist von 14 Tagen vor dem Termin zur Erbringung der Abschlussleistung oder der für eine Gesamtgruppe bestimmten Prüfung bei dem Dozenten der Lehrveranstaltung melden, um den Termin für das Absolvieren festzulegen.

2. Im Rahmen der Entscheidung nach Absatz 1 kann der Dekan in einem begründeten Sonderfall bewilligen, dass Termine für Prüfungen oder Anrechnungen im nächsten akademischen Jahr bestimmt werden.

§ 17

In einem begründeten Sonderfall kann der Dekan auf Antrag eines Studierenden das gleichzeitige Absolvieren von zwei nacheinander folgenden Studienjahren zulassen. Das Absolvieren von zwei Studienjahren stellt keine individuelle Studienorganisation nach § 16 Abs. 1 dar.

§ 18

1. Auf Antrag eines Studierenden, der das erste Studienjahr mit besonders guten Ergebnissen abgeschlossen hat, kann der Fakultätsrat einen individuellen Studienverlauf bewilligen, indem er folgendes anordnet:

- 1) den Inhalt eines individuellen Lehrprogramms, das nicht zur Verringerung der ECTS-Punkte, der Lehrergebnisse für den jeweiligen Studiengang, das Studienniveau und des Studienprofil führen darf;
- 2) die Bestellung eines Professors oder eines habilitierten Wissenschaftlers als wissenschaftlichen Betreuer;

2. Der Antrag auf individuellen Studienverlauf hat folgende Angaben zu enthalten:

- 1) die Person des gewählten Betreuers und sein schriftliches Einverständnis zur wissenschaftlichen Betreuung;
- 2) das Verzeichnis der für den individuellen Studienplan festgelegten Module (Fächer);
- 3) die Einverständniserklärung anderer Fakultäten oder Hochschulen zur Erbringung von Abschlussleistungen in Modulen (Fächern), die der Studierende zu absolvieren beabsichtigt, soweit der Studierende die Berücksichtigung dieser Module (Fächer) in dem individuellen Lehrprogramm beantragt.

3. Den Antrag nach Absatz 1 kann auch ein Studierender des ersten Studienjahres im Studium des zweiten Grades stellen, sofern er das Studium des ersten Grades mit besonders guten Ergebnissen abgeschlossen hat.

§ 18a

Das individuelle bereichsübergreifende Studium sowie das unter Bestätigung der Lerneffekte durchgeführte Studium finden nach Maßgabe der in der Ordnung festgelegten Bestimmungen, unter Berücksichtigung anderweitiger Beschlüsse des Senats, statt.

3. Absolvieren eines Moduls (eines Fachs)

§ 19

Der Leiter der Organisationsgrundeinheit, die das jeweilige Fach anbietet, legt in Absprache mit dem Dozenten der Lehrveranstaltung sowie mit dem Prüfer spätestens vierzehn Tage nach Beginn des

Semesters folgendes fest und macht es unverzüglich auf dem USOS-System sowie auf der Internetseite der Einheit bekannt:

- a) Beschreibung des Ausbildungsmoduls bezogen auf diese Lehrveranstaltung,
- b) Voraussetzungen sowie die Art und Weise der Durchführung der Lehrveranstaltung, wobei Studierenden des ersten Studienjahres im Studium des ersten Grades sowie des einheitlichen Magisterstudiums verpflichtet werden können, an einer Vorlesung teilzunehmen;
- c) Regeln für Rechtfertigung der Abwesenheit sowie für deren Nachholen;
- d) Voraussetzungen und Verfahren für das Erlangen einer Anrechnung sowie die Ablegung einer Prüfung;
- e) Frist für die Ablegung einer Prüfung oder das Erlangen einer Anrechnung, wobei der Termin für die Wiederholungsprüfung spätestens bis 20. September anberaumt werden muss;

§ 20

Prüfungen und Anrechnungen finden am Lehrveranstaltungsorort statt.

§ 21

1. Der Studierende hat die Prüfung und die Anrechnung zu einem festgelegten Termin unter Vorlage der Leistungskarte und des Studienbuches zu erbringen.

1a. Bei elektronischer Dokumentation des Studienverlaufs tritt der Studierende eine Prüfung oder eine Anrechnung an dem durch den Dozenten festgelegten Termin an und ist verpflichtet einen Identitätsnachweis vorzuzeigen. Bei Nichterfüllung dieser Pflicht wird er zu einer Anrechnung oder Prüfung nicht zugelassen.

2. (entfallen)

§ 22

1. Bei Prüfungen ist folgende Notenskala zu verwenden:

- 1) sehr gut (bdb; 5,0)
- 2) gut plus (db plus; 4,5);
- 3) gut (db; 4,0);
- 4) ausreichend plus (dst plus; 3,5);
- 5) ausreichend (dst; 3,0);
- 6) nicht ausreichend (ndst; 2,0).

2. Bei Anrechnungen wird die Notenskala nach Absatz 1 verwendet.

3. Eine besonders gute Vorbereitung des Studierenden kann mit „ausgezeichnet“ (bdb; 5) bewertet werden.

4. Die Umrechnung der an einer anderen Hochschule und nach einer anderen Notenskala erworbenen Noten wird gemäß der Notenskala nach Absatz 1 und 2 durch den Dekan vorgenommen.

§ 23

1. Die Prüfungs- oder die Anrechnungsnoten werden in das USOS-System spätestens bis zum: 31. März (betrifft Wintersemester, wenn der Abrechnungszeitraum aus einem Studiensemester besteht), 30. September (betrifft Sommersemester, wenn der Abrechnungszeitraum aus einem Studiensemester oder aus einem Studienjahr besteht) des jeweiligen akademischen Jahres, unter Vorbehalt von Abs. 2-4 eingetragen. Der Dekan kann die Termine für die Eintragung der Noten in das USOS-System verschieben.

2. Der zuständige Dozent informiert einen Studierenden über die Benotung einer mündlichen Prüfung oder einer mündlichen Anrechnung unverzüglich nach deren Beendigung. Die Note wird spätestens innerhalb von drei Arbeitstagen gerechnet ab dem Prüfungs- oder Anrechnungstag in das USOS-System eingetragen.

3. Die Noten einer schriftlichen Prüfung oder einer schriftlichen Anrechnung werden unverzüglich nach der Bewertung, spätestens aber innerhalb von 14 Tagen nach deren Durchführung, in das USOS-System eingetragen.

4. Bei den Modulen (Fächern), bei denen die Zulassung zur Prüfung den Erwerb einer Anrechnung in einer anderen Lehrveranstaltung aus diesem Fach erfordert, werden die Anrechnungsnoten in das USOS-System vor dem festgelegten Prüfungstermin für dieses Fach eingetragen.

5. Der zuständige Dozent ist verpflichtet, unterzeichnete Protokolle, die sich auf die in seinen Lehrveranstaltungen erbrachten Leistungen beziehen, in Form eines Ausdrucks aus dem USOS-System innerhalb von 5 Arbeitstagen nach der Eintragung der Noten in das USOS-System an das Dekanat weiterleiten. Die Fristen für die Eintragung der Prüfungs- sowie der Anrechnungsnoten sind in Abs. 1-4 geregelt.

§ 24

Nimmt der Studierende ohne einen Entschuldigungsgrund an einer Prüfung oder an einer Anrechnung am vorgeschriebenen Termin nicht teil, trägt der Prüfer oder der zuständige Dozent die Note „nicht ausreichend“ (per absentiam) ein. Im Falle des Fehlens einer entsprechenden Eintragung bis zum Ablauf des akademischen Jahres wird die vorgenannte Note vom Dekan eingetragen.

§ 25

Der Studierende kann in seine bewertete schriftliche Prüfungsleistung innerhalb von 14 Tagen nach der Bekanntgabe der Benotung im USOS-System Einsicht nehmen.

§ 26

1. Umfasst ein Modul (Fach) Lehrveranstaltungen, an denen die Teilnahme obligatorisch ist, so stellt die vorhergehende Teilnahme die Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung dar.

2. Wird ein Studierender zu der im Absatz 1 genannten Prüfung nicht zugelassen, wird diesbezüglich vom Prüfer die Note „nicht ausreichend“ eingetragen. Erfolgt bis zum Ende des akademischen Jahres keine Eintragung, so wird diese vom Dekan vorgenommen.

§ 27

Auf einen innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Semesterbeginn gestellten Antrag, kann der Dekan in begründeten Fällen zulassen, dass ein Studierender ein bestimmtes, im Studienplan für die nächsten Semester vorgesehenes Modul (Fach) absolviert.

§ 28

1. Auf Antrag eines Studierenden kann der Dekan bei Feststellung der Gleichwertigkeit erworbener Lehrergebnisse, das Absolvieren eines Moduls oder einer Lernmodulgruppe anerkennen, wenn dieses im Rahmen eines anderen Studienganges betriebenen Studiums oder an einer anderen Hochschule, jedoch nicht nach einem durch eine Hochschulvereinbarung zwischen der Universität und der anderen Hochschule vorgesehen Plan oder nicht im Wege einer im § 14 geregelten Entscheidung abgeschlossen wurde.

2. Auf Antrag des Studierenden kann der Dekan die Anerkennung eines Moduls (Faches) bewilligen, das der Studierende an einer in Absatz 1 genannten Hochschule vor der Streichung von der Studierendenliste erworben hat.

3. Der in den Absätzen 1 und 2 genannte Antrag soll spätestens innerhalb von 14 Tagen nach dem Beginn des Semesters eingereicht werden.

§ 29

Der Dekan kann auf Antrag des Studierenden und nach Stellungnahme des Leiters der das Modul (die Lehrveranstaltung) durchführenden Organisationseinheit den Abschluss eines Moduls (Faches) durch die Anfertigung einer mit dem Fach verbundenen Forschungsarbeit bestätigen.

§ 30

Der erfolgreiche Abschluss des Diplomseminars im letzten Studiensemester erfolgt erst nach der Einreichung der Diplomarbeit.

§ 31

1. Umfang und Voraussetzungen für die Durchführung von Lehrveranstaltungen, Anrechnungen und Prüfungen in einer Fremdsprache, die in einem Studiengang geltend, sind dieselben wie diese, die in der polnischen Sprache ausgedrückt worden sind.

2. Der Fakultätsrat kann im Einzelnen den im Absatz 1 genannten Umfang und Voraussetzungen beschließen.

4. Wiederholte Modulabsolvierung sowie Kommissionsprüfung

§ 32

1. Wird ein Studierender zur Erbringung einer Abschlussleistung in Lehrveranstaltungen nicht zugelassen oder wird seine Leistung mit „nicht ausreichend“ bewertet, so kann der Leiter der für die Veranstaltung verantwortlichen Organisationsgrundeinheit oder eine von ihm befugte Person auf Antrag des Studierenden die Durchführung einer Kommissionsprüfung genehmigen.

2. Ein Studierender kann eine Kommissionsprüfung innerhalb von sieben Tagen nach der Nichtzulassung oder Eintragung der Note „nicht ausreichend“ beantragen.

3. Wird der Antrag nach Absatz 2 bewilligt, so hat das Absolvieren vor einer Kommission unverzüglich stattzufinden; die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

- 1) der Leiter der zuständigen Organisationsgrundeinheit oder eine von ihm bestimmte Person;
- 2) der Dozent der Lehrveranstaltung;
- 3) ein anderer Vertreter des jeweiligen Moduls (Faches).

4. Auf Antrag des Studierenden findet das Absolvieren in Anwesenheit eines von dem Studierenden gewählten Hochschullehrers der Fakultät oder eines Vertreters der studentischen Selbstverwaltung als Beobachter statt.

5. Wird der Antrag nach Absatz 2 abgelehnt, so ist die Ablehnung von dem Leiter der Organisationsgrundeinheit zu begründen.

§ 33

1. Wird eine Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, ist ein Studierender zu einer einmaligen Wiederholung der Prüfung berechtigt; diese darf jedoch nicht vor Ablauf von sieben Tagen nach der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse der ersten Prüfung durchgeführt werden.

2. Die Berechtigung nach Absatz 1 gilt auch bei einer Anrechnung. Wird dieses Recht ausgeübt, so

bleibt die Möglichkeit eines Antrags nach § 32 Absatz 1 ausgeschlossen.

§ 34

1. Wird der ordnungsgemäße Ablauf der Prüfung durch den Studierenden in Frage gestellt, so kann der Dekan eine Kommissionsprüfung genehmigen.

2. Der Antrag auf eine Kommissionsprüfung kann innerhalb von sieben Tagen nach der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gestellt werden.

3. Der Dekan entscheidet über den Antrag nach Abs. 2 innerhalb von sieben Tagen nach Eingang des Antrags.

4. Wird der Antrag auf eine Kommissionsprüfung genehmigt so entscheidet der Dekan über:

- 1) den Ort und die Form der Prüfung;
- 2) die Prüfungsfrist; nicht früher als drei und nicht später als vierzehn Tage nach der Entscheidung;
- 3) die Zusammensetzung der Prüfungskommission, die aus dem Dekan oder einer von ihm beauftragten Person, dem Prüfer der ersten Prüfung, einem Vertreter des jeweiligen Moduls (Faches) oder einer verwandten Fachrichtung besteht.

5. Auf Antrag des Studierenden findet die Prüfung in Anwesenheit des von dem Studierenden gewählten Hochschullehrers oder eines Vertreters der studentischen Selbstverwaltung als Beobachter statt.

6. Eine Kommissionsprüfung kann auf Initiative des Dekans angeordnet werden. In einem solchen Fall sind Abs. 4 und 5 entsprechend anzuwenden.

7. Die im Rahmen einer Kommissionsprüfung erzielte Note ist endgültig.

5. Wiederholung eines Moduls (Faches)

§ 35

1. Auf Antrag des Studierenden kann der Dekan die Wiederholung eines nicht erfolgreich abgeschlossenen Moduls (Faches) genehmigen:

- 1) bei gleichzeitiger Fortsetzung des Studium im nächsten Studienjahr, wenn die Anzahl der nicht erfolgreich abgeschlossenen Fächer weniger als 3 beträgt;
- 2) ohne Fortsetzung des Studium im nächsten Studienjahr.

2. In dem in Abs. 1 Pkt. 2 genannten Fall findet § 17 keine Anwendung.

§ 36

1. Den Antrag auf Wiederholung eines Moduls (Faches) kann der Studierende spätestens innerhalb von vierzehn Tagen nach der Beendigung eines Studienjahres oder einer verlängerten Prüfungsperiode stellen.

2. (entfallen).

3. Wurde ein Modul (Fach) bereits wiederholt, so darf es nicht mehr wiederholt werden.

4. Das zu wiederholende Modul (Fach) muss im nächsten akademischen Jahr erfolgreich und im durch den Studienplan vorgesehenen vollen Umfang abgeschlossen werden; die Vorschrift des § 28 Abs. 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.

§ 37

Der Fakultätsrat kann diejenigen Module (Fächer) bestimmen, die nicht wiederholt werden dürfen, dies darf jedoch nicht mehr als die Hälfte aller im Studienplan aufgeführten Module (Fächer) betreffen.

6. Erfolgreicher Abschluss des Semesters und des Studienjahres

§ 38

1. Der erfolgreiche Abschluss des Semesters und des Studienjahres werden von dem Dekan im Studienbuch und auf der Leistungskarte auf Grundlage der dort enthaltenen Vermerke eingetragen.

2. Wird der Studienverlauf elektronisch dokumentiert, trägt der Dekan den erfolgreichen Abschluss des Semesters und des Studienjahres auf der Leistungskarte des Studierenden in Form eines Ausdrucks aus dem USOS-System ein.

§ 39

Ein Semester und ein Studienjahr werden durch einen Studierenden innerhalb eines Abrechnungszeitraumes abgeschlossen, der im Rahmen der Organisation des Studienjahres festgelegt wurde.

§ 40

Der Studierende hat sein Studienbuch sowie seine Leistungskarte unverzüglich nach der Beendigung der Prüfungsperiode im Dekanat vorzulegen.

§ 41

1. Auf Antrag des Studierenden kann der Leiter der Organisationsgrundeinheit eine Verlängerung der Prüfungsperiode um maximal einen Monat bewilligen.

2. In einem begründeten Sonderfall kann der Leiter der Organisationsgrundeinheit auf Antrag des Studierenden die Prüfungsperiode einmalig um einen weiteren Monat verlängern.

§ 42

1. In einem begründeten Sonderfall kann der Leiter der Organisationsgrundeinheit auf Antrag des Studierenden den Abschluss des Semesters oder Studienjahres ausschließlich auf Grundlage der an einer anderen Hochschule, einer anderen Fakultät oder im Rahmen eines anderen Studiengangs erbrachten Prüfungen und Abschlussleistungskontrollen zulassen.

2. Bei programmatischen Unterschieden zwischen den Studienplänen der anderen Hochschule, der anderen Fakultät oder des anderen Studiengangs und der Universität bestimmt der Dekan über die zu ergänzenden (Module) Fächer und über die Frist für deren Abschluss.

7. Studentische Praktika

§ 43

Unter Berücksichtigung der hierfür geltenden Verordnungen des Rektors der Universität bestimmt der Fakultätsrat die Regeln für Organisation, Ableistung, Aufsicht und Anerkennung von obligatorischen und fakultativen studentischen Praktika in einem bestimmten Studiengang.

8. Beurlaubung

§ 44

1. In einem begründeten Sonderfall, jedoch höchstens zwei Mal während des gesamten Studiums, kann der Dekan einen Studierenden auf dessen Antrag hin maximal für 12 Monate beurlauben.

2. Durch die Beurlaubung verschiebt sich der Zeitpunkt der Beendigung des Studiums.

§ 45

1. Bei den durch die Universität, die studentische Selbstverwaltung oder andere universitäre studentische Organisationen geplanten und organisierten In- und Auslandsreisen kann der Dekan eine kurzfristige Beurlaubung im Umfang von maximal 2 Monaten bewilligen, jedoch höchstens zwei Mal während des gesamten Studiums.

2. Eine kurzfristige Beurlaubung führt nicht zur Verschiebung des Termins für das Absolvieren des Semesters oder des Jahres.

§ 46

Eine Beurlaubung für ein vorhergehendes Semester oder akademisches Jahr wird nicht gewährt.

§ 47

In einem begründeten Sonderfall kann der Dekan auf Antrag des Studierenden genehmigen, dass dieser an bestimmten Lehrveranstaltungen

teilnimmt sowie zu bestimmten Prüfungen und Anrechnungen zugelassen wird

9. Studienwechsel

§ 48

1. Der Dekan kann auf Antrag des Studierenden, der das erste Studienjahr erfolgreich abgeschlossen hat, folgendes bewilligen:

- 1) die Spezialisierung innerhalb eines Studienganges zu wechseln;
- 2) einen Fernstudiengang zu wechseln;
- 3) die Aufnahme des Studiums in einer zusätzlichen Fachrichtung im Rahmen eines Fernstudiengangs;
- 4) von einem Präsenzstudiengang in denselben oder einen anderen Fernstudiengang zu wechseln;
- 5) den Wechsel von einem einheitlichen Magisterstudiengang in einen zweistufigen Studiengang.

2. Antragsberechtigt nach Absatz 1 Nr. 1 ist auch ein Studierender des ersten Studienjahres im Studium des zweiten Grades.

§ 49

1. Hat der Studierende das erste Studienjahr abgeschlossen, so kann der Leiter der Organisationsgrundeinheit auf seinen Antrag hinsichtlich eines Präsenzstudienganges den Wechsel einer Fachrichtung oder einer Spezialisierung bewilligen.

2. Hat der Studierende das erste Studienjahr mit besonders guten Ergebnissen abgeschlossen, so kann der Dekan auf seinen Antrag den Wechsel der Form des Studiums von einem Fernstudiengang in einen Präsenzstudiengang bewilligen.

§ 50

Wird der im § 48 sowie § 49 genannte Studiengang von einer anderen Fakultät angeboten wird, so entscheidet der Dekan dieser Fakultät nach einer Stellungnahme des Dekans der Fakultät des Grundstudienganges.

§ 51

Der Studierende ist berechtigt, an eine andere Hochschule zu wechseln, wenn deren Organe und der Leiter der Organisationsgrundeinheit zustimmen und soweit der Studierende seine Pflichten an der Universität erfüllt hat.

§ 52

Der Fakultätsrat kann detaillierte Voraussetzungen für die Genehmigungen des Dekans gemäß §§ 48-50 beschließen.

III. Studienverlauf

10. Streichung von der Studierendenliste

§ 53

Der Dekan streicht den Studierenden von der Studierendenliste bei:

- 1) Nichtaufnahme des Studiums in einem vorgeschriebenen Termin;
- 2) einem schriftlichen Verzicht auf ein Studium;
- 3) einer nicht zum vorgegebenen Termin abgegebenen Diplomarbeit;
- 4) einer nicht termingerechten Ablegung der Diplomprüfung;
- 5) Auferlegung einer Disziplinarstrafe in Form der Verweisung von der Universität.

§ 54

Der Dekan kann den Studierenden von der Studierendenliste streichen:

- 1) wenn das Semester oder das Studienjahr nicht im vorgegebenen Termin erfolgreich abgeschlossen wurden;
- 2) bei Nichtentrichtung von Studiengebühren;
- 3) bei Unterbleiben von Studienfortschritten;
- 4) bei Nichtunterzeichnen eines von der Universität vorlegten Vertrages über Zahlungsbedingungen hinsichtlich des Studiums sowie Lehrleistungen.

§ 55

1. Die Feststellung der Umstände nach § 53 und § 54 erfolgt in einem gesonderten Verfahren, dessen Gegenstand die Streichung von der Studierendenliste darstellt.

2. Das Verfahren nach Absatz 1 zur Streichung von der Studierendenliste wird von dem Dekan eingeleitet, indem er den Studierenden darüber schriftlich unterrichtet.

3. Die Benachrichtigung nach Absatz 2 hat folgende Informationen zu enthalten:

- 1) die Bezeichnung des für die Verfahrenseinleitung zuständigen Organs;
- 2) das Datum der Benachrichtigung;
- 3) die Bezeichnung des Empfängers;
- 4) eine tatsächliche und rechtliche Begründung für die Einleitung des Verfahrens;
- 5) eine Belehrung über das Recht zur Abgabe einer Stellungnahme innerhalb von vierzehn Tagen nach Erhalt der Benachrichtigung sowie über das sich darauf beziehende Verfahren.

11. Wiederaufnahme des Studiums

§ 56

1. Der Dekan kann einmalig die Wiederaufnahme des Studiums durch einen Studierenden bewilligen, der nach dem Abschluss des ersten Studienjahres von der Studierendenliste gestrichen wurde.

2. In der Entscheidung über die Wiederaufnahme des Studiums bestimmt der Dekan das Studienjahr, in welches der Studierende aufgenommen wird; der Dekan kann zusätzlich Voraussetzungen für die Wiederaufnahme benennen.

3. Im Falle der erneuten Streichung im Sinne des Absatzes 1, kann die Wiederaufnahme wie folgt erfolgen:

- a) im Rahmen eines Fernstudiums - aufgrund der Entscheidung des Dekans,
- b) im Rahmen eines Präsenzstudiums - aufgrund der Entscheidung des Rektors.

§ 57

Der Dekan kann auf Antrag des Studierenden die Wiederaufnahme ausschließlich mit dem Ziel gewähren, eine Diplomprüfung durchzuführen soweit die im § 67 genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

§ 58

Der Fakultätsrat kann Sonderbestimmungen erlassen, zu denen auch die Wiederaufnahmefrist gehört.

§ 59

Die Wiederaufnahme einer Person, die von der Studierendenliste im ersten Studienjahr gestrichen wurde, erfolgt nach den allgemeinen, durch den Senat der Universität festgelegten Zulassungsvoraussetzungen zum Hochschulstudium.

IV. Beendigung des Studiums

1. Vorbereitung und Einreichung der Diplomarbeit

§ 60

Unter einer Diplomarbeit wird eine Bachelorarbeit oder eine Ingenieursarbeit sowie eine Magisterarbeit verstanden.

§ 61

1. Bei der Anfertigung einer Diplomarbeit wird ein Studierender/eine Studierende von einem Professor oder einem Habilitanden betreut. Eine Bachelorarbeit oder eine Ingenieursarbeit kann unter der Leitung eines promovierten Hochschullehrers angefertigt werden.

2. In einem gesondert begründeten Fall, kann der Fakultätsrat einen nicht habilitierten Hochschullehrer (pl. adiunkt) beauftragen, die Betreuung einer Magisterarbeit zu übernehmen.

3. Ist der Betreuer der Magisterarbeit ein nicht habilitierter Hochschullehrer (pl. adiunkt), bestimmt der Dekan einen Gutachter aus dem Kreis der habilitierten Hochschullehrer oder aus dem Kreis der Hochschullehrer, die den wissenschaftlichen Grad eines Professors haben.

4. Möchte ein Studierender/eine Studierende seine/ihre Diplomarbeit unter der Betreuung eines Hochschullehrers von einer anderen Hochschule oder eines Mitarbeiters von außerhalb der Universität anfertigen, so kann der Fakultätsrat diese Person mit der Mitbetreuung bevollmächtigen. Gleichzeitig wird ein berechtigter Hochschullehrer der entsprechenden Organisationseinheit zur Ausübung dieser Funktion im Namen der Universität bestimmt. Der externe Mitarbeiter bewertet die Arbeit und erstellt ein Gutachten.

§ 62

1. Der Rektor der Universität legt die Regeln für die Einreichung und Archivierung von Diplomarbeiten unter Verwendung des Archivsystems für Diplomarbeiten sowie das Muster für die Erklärung über die selbstständige Anfertigung der Diplomarbeit und über das Übereinstimmen der elektronischen Fassung mit der Druckversion fest.

2. Ein Dekan kann die genaue Funktionsweise des Archivsystems für Diplomarbeiten in der jeweiligen Fakultät festlegen.

§ 63

1. Ein Studierender hat seine Diplomarbeit spätestens bis zum 30. September des letzten Studienseesters und seine Ingenieursarbeit im 7-semesterigen Studiengang bis zum 31. März im Dekanat einzureichen. Diese Frist ist endgültig und kann nicht verlängert werden.

2. Die Ausfertigungen der Diplomarbeit, die im Dekanat eingereicht werden, haben das Datum und sowie die Erklärung des Betreuers über die Annahme zu enthalten.

§ 64

Die Bewertung der Diplomarbeit wird durch den Betreuer sowie einen durch den Dekan bestellten Gutachter vorgenommen. Auf Gutachter sind die Regeln des § 61 entsprechend anzuwenden.

§ 65

Der Fakultätsrat bestimmt die Regeln für die Festlegung und den Wechsel des Themas einer Diplomarbeit sowie für die Bestellung und den Wechsel des Betreuers.

2. Diplomprüfung

§ 66

Unter einer Diplomprüfung wird eine Bachelorprüfung oder eine Ingenieursprüfung sowie eine Magisterprüfung verstanden.

§ 67

1. Zulassung zu einer Diplomprüfung erfolgt, wenn:

- a) alle im Studienprogramm festgelegten Anforderungen sowie die in § 62 vorgesehenen Regeln für die Einreichung und Archivierung von Diplomarbeiten erfüllt sind;
- b) eine Diplomarbeit, deren Anfertigung im Studienplan vorgesehen ist, positiv begutachtet wurde.

2. Ist ein Gutachten negativ, kann ein Studierender/eine Studierende von dem Dekan zur Diplomprüfung zugelassen werden. Der Dekan kann in dieser Angelegenheit die Stellungnahme des Zweitgutachters einholen.

§ 68

1. Auf Antrag des Betreuers oder auf eigene Initiative bestellt der Leiter der Organisationseinheit einen Gutachter sowie legt den Termin der Diplomprüfung sowie die Zusammensetzung der Prüfungskommission für die Diplomprüfung fest, die spätestens innerhalb von 3 Monaten nach der Einreichung der Diplomarbeit stattzufinden hat.

2. Auf Antrag eines/einer Studierenden kann der Leiter einer Organisationseinheit den Termin der Diplomprüfung festlegen, der den in Abs. 1 erwähnten Termin überschreitet.

3. Bestimmung des Absatzes 1 ist entsprechend bei einer offenen Diplomprüfung anzuwenden, die durch den Leiter der Organisationseinheit in der üblichen Art und Weise unverzüglich nach der Anberaumung des Termins einer Diplomprüfung bekannt gegeben wird.

§ 69

1. Sieht der Studienplan die Anfertigung einer Magisterarbeit vor, setzt sich die Prüfungskommission bei einer Diplomprüfung wie folgt zusammen:

- 1) Dekan oder eine von ihm beauftragte Person;
- 2) Betreuer der Diplomarbeit;
- 3) Gutachter der Diplomarbeit und im Falle des § 67 Absatz 2 auch ein zusätzlicher Gutachter.

2. Sieht der Studienplan die Anfertigung einer Bachelorarbeit oder einer Ingenieursarbeit vor, setzt sich die Prüfungskommission bei einer Diplomprüfung wie folgt zusammen:

- 1) Dekan oder eine von ihm beauftragte Person;

2) Betreuer der Diplomarbeit;

3) Gutachter der Diplomarbeit und im Falle des § 67 Absatz 2 auch ein zusätzlicher Gutachter.

3. Die Leitung der Kommission nach Absatz 1 und 2 nimmt der Dekan oder eine von ihm beauftragte Person wahr.

4. Der Fakultätsrat kann eine größere Zahl der Mitglieder einer Prüfungskommission beschließen.

§ 70

Die Form und der Umfang einer Diplomprüfung in einem bestimmten Studiengang werden von dem Fakultätsrat bestimmt.

§ 71

Bei der Bewertung einer Diplomarbeit und einer Diplomprüfung gelten die Notenskala nach § 22 Absatz 1 sowie die Regeln des § 74.

§ 72

1. Wurde eine Diplomprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet oder wird das Nichtantreten zu einem Diplomprüfungstermin nicht entschuldigt, bestimmt der Dekan einen zweiten Prüfungstermin. Dieser Termin ist endgültig.

2. In dem vorgenannten Fall darf der zweite Termin nicht früher als nach dem Ablauf von einem Monat und nicht später als nach dem Ablauf von drei Monaten, gerechnet ab dem ersten Prüfungstermin, stattfinden.

3. Ergebnis des Studiums

§ 73

Die endgültige Gesamtnote des Studiums ist durch folgende Addition festzusetzen:

- 1) In den Studiengängen, in denen ein Studierender/eine Studierende verpflichtet ist, eine Diplomarbeit einzureichen:
 - a) $\frac{3}{5}$ des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
 - b) $\frac{1}{5}$ der Note für die Diplomarbeit, die sich aus dem Durchschnitt der beiden Einzelnoten des Betreuers sowie des Gutachters ergibt; § 22 sowie § 74 finden entsprechende Anwendung;
 - c) $\frac{1}{5}$ der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote.
- 2) In den Studiengängen, in denen ein Studierender/eine Studierende nicht verpflichtet ist, eine Diplomarbeit einzureichen:
 - a) $\frac{3}{4}$ des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
 - b) $\frac{1}{4}$ der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote.

3) In den künstlerischen Studiengängen:

- a) $\frac{3}{6}$ des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
- b) $\frac{1}{6}$ des Durchschnittwertes der Noten für die Diplomarbeit;
- c) $\frac{1}{6}$ der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote (theoretischer Teil);
- d) $\frac{1}{6}$ der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote (künstlerischer Teil).

§ 74

In die Diplomurkunde wird das endgültige im Studium erzielte Ergebnis nach dem folgenden Prinzip eingetragen:

- 1) bis 3,40 – ausreichend;
- 2) von 3,40 bis 3,80 – ausreichend plus;
- 3) von 3,80 bis 4,20 – gut;
- 4) von 4,20 bis 4,60 – gut plus;
- 5) über 4,60 – sehr gut.

§ 75

1. Nach dem Absolvieren seiner Diplomprüfung ist ein Studierender zum Erhalt einer Bescheinigung berechtigt, aus der seine Platzierung innerhalb seines Studienjahres hervorgeht.

2. Detaillierte Regel für die Anfertigung und Aushändigung einer Bescheinigung nach Absatz 1 legt der Rektor der Universität fest.

V. Entscheidungen in studentischen Angelegenheiten

§ 76

1. Individuelle, mit dem Studienverlauf zusammenhängende studentische Angelegenheiten, die nicht durch einen Verwaltungsakt entschieden werden müssen, erledigt der Dekan auf Antrag eines Studierenden im Wege einer schriftlichen Anordnung, in Form einer elektronischen Benachrichtigung oder im USOS-System.

2. Die Anordnung nach Absatz 1 hat Folgendes zu enthalten:

- 1) Bezeichnung des für den Erlass der Anordnung zuständigen Organs;
- 2) Datum der Anordnung;
- 3) Bezeichnung des Empfängers;
- 4) Entscheidung;
- 5) eine Rechtsbehelfsbelehrung.

3. Die Anordnung nach Absatz 1 wird dem Studierenden entweder persönlich gegen Empfangsbestätigung oder auf einen schriftlichen Antrag des Studierenden postalisch per Einschreiben zugestellt. Die Zustellung durch die

Post per Einschreiben erfolgt an die durch den Studierenden im Antrag angegebene Anschrift.

4. Gegen die Anordnung nach Abs. 1 kann innerhalb von vierzehn Tagen nach Zustellung und über das für den Erlass der Anordnung zuständige Organ ein Widerspruch an den Rektor eingelegt werden. Das Organ kann dem Widerspruch eine Stellungnahme in der Sache hinzufügen.

§ 77

Die mit dem Studienverlauf zusammenhängenden studentischen Angelegenheiten, die in dieser Ordnung nicht geregelt sind, erledigt der Dekan im Wege einer Anordnung.

§ 78

In eigenen, mit dem Studienverlauf zusammenhängenden Angelegenheiten ist ein Studierender oder eine Gruppe von Studierenden berechtigt, gegenüber den Organen der Universität durch einen schriftlich bevollmächtigten Vertreter der studentischen Selbstverwaltung aufzutreten.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 79

Der Fakultätsrat hat die durch diese Ordnung vorgesehenen Beschlüsse spätestens bis zum 30. April zu erlassen; sie treten zu Beginn des nächsten akademischen Jahrs in Kraft.

§ 80

1. Die auf der Grundlage dieser Ordnung erlassenen Entscheidungen und Beschlüsse, samt deren Ergänzungen oder Änderungen erfordern:

- 1) vor deren Erlass – Einholung einer schriftlichen Stellungnahme des zuständigen Organs der studentischen Selbstverwaltung.
- 2) nach deren Erlass – die unverzügliche Bekanntmachung des vollständigen Textes gegenüber der Studierendenschaft auf der Homepage der Universität und der Fakultäten.

2. Die auf der Grundlage dieser Ordnung getroffenen Beschlüsse des Fakultätsrates sowie Entscheidungen des Dekans werden durch den Dekan schriftlich im Original in einer Sammlung universitätsinterner Rechtsakte aufbewahrt.

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Anforderungen betreffen nicht Beschlüsse und Entscheidungen in individuellen Angelegenheiten.

§ 80 a

Bestimmungen dieser Ordnung bezüglich der Fakultät, des Fakultätsrates und des Dekans der Fakultät erstrecken sich entsprechend auf das Institut, den Institutsrat sowie den Direktor des Instituts nach § 23 und § 75a des Status der UAM.

§ 81

1. Die Studienordnung der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań (Beschluss des Senats Nr. 54/2006 vom 8. Mai 2006 mit späteren Änderungen) tritt außer Kraft.

2. Die Entscheidungen, die auf der Grundlage der in Absatz 1 genannten Studienordnung sowie auf dessen Grundlage ergangenen Rechtsakte getroffen wurden, bleiben in Kraft, gelten aber nicht länger als bis spätestens 30. September 2011.

3. Auf Studierende, die bis 31. Dezember 2010 im letzten Studienjahr studieren oder das letzte Jahr abgeschlossen haben, jedoch nicht zu Diplomprüfung angetreten sind, sind bis spätestens 30. September 2011 die bisherigen Regeln über den Studienabschluss anzuwenden.

4. Hat der Studierende zum Zeitpunkt der Geltung der bisherigen Studienordnung einen Antrag in seiner individuellen Angelegenheit gestellt, wobei die Entscheidung in dieser Angelegenheit oder deren Umsetzung in die Geltungsdauer dieser Ordnung fällt, so sind die für den Studierenden günstigeren Vorschriften anzuwenden.

§ 82

Diese Ordnung trifft am 1. Oktober 2010 in Kraft.

Obwieszczenie nr 6/2015
Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z
dnia 28 września 2015 r.

w sprawie ogłoszenia jednolitego tekstu
Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu

Na podstawie § 107 ust. 4 Statutu UAM, Senat UAM postanawia, co następuje:

§ 1

Ogłasza się w załączniku do niniejszego obwieszczenia jednolity tekst Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, stanowiący załącznik do Obwieszczenia nr 5/2012 Senatu UAM z dnia 28 maja 2012 r. z uwzględnieniem zmian wprowadzonych:

- 1) uchwałą nr 207/2014/2015 z dnia 27 kwietnia 2015 r.,
- 2) uchwałą nr 241/2014/2015 z 29 czerwca 2015 r.

§ 2

Niniejsze obwieszczenie wraz załącznikiem podlega ogłoszeniu w Monitorze UAM.

R e k t o r

/-/

Prof. dr hab. Bronisław Marciniak

Uchwała nr 207/2014/2015
Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z
dnia 27 kwietnia 2015 r.

o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu

Na podstawie art. 161 ust. 1 i 2 ustawy z dnia 27 lipca 2005 r. – Prawo o szkolnictwie wyższym (Dz. U. z 2012 r. poz. 572 ze zm.) oraz § 151 ust. 1 Statutu UAM, Senat uchwala, co następuje:

§ 1

W Regulaminie studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, stanowiącym załącznik do Obwieszczenia nr 5/2012 Senatu UAM z dnia 28 maja 2012 r., wprowadza się zmiany określone w załączniku^{*}.

§ 2

Uchwała wchodzi w życie z dniem podjęcia z mocą od 1 października 2015 r.

§ 3

Decyzje podjęte na podstawie postanowień Regulaminu studiów zmienionych albo uchylonych uchwałą pozostają w mocy, jednak nie później niż do dnia 31 grudnia 2016 r.

R e k t o r

/-/

Prof. dr hab. Bronisław Marciniak

^{*} Wszystkie zmiany wskazane w załączniku tej uchwały przywołano dalej w przypisach. Wyjątkiem jest zmiana § 19, opisana w przypisie nr 5, która została wprowadzona późniejszą uchwałą Senatu UAM (przywołaną w tym przypisie).

Regulamin studiów
Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu¹

I. Zakres i zasady stosowania regulaminu

§ 1

Regulamin określa organizację i tok studiów wyższych oraz związane z nimi prawa i obowiązki studenta Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, zwanego dalej Uniwersytetem.

§ 2

1. Regulamin stosuje się do osoby korzystającej z praw studenta Uniwersytetu.
2. Prawa studenta nabywa się z chwilą immatrykulacji i złożenia ślubowania o treści wskazanej w statucie Uniwersytetu.
3. Prawa studenta traci się z chwilą:
 - 1) złożenia egzaminu dyplomowego z oceną pozytywną, z wyjątkiem osób, które ukończyły studia pierwszego stopnia i zachowują prawa do 31 października roku, w którym ukończyły te studia;
 - 2) przeniesienia się do innej uczelni;
 - 3) skreślenia z listy studentów.

§ 3

1. Przepisy regulaminu należy interpretować i stosować zgodnie z ustawowymi oraz statutowymi zadaniami Uniwersytetu.
2. Dokonywanie wiążącej wykładni regulaminu należy do kompetencji senatu Uniwersytetu.

II. Organizacja studiów

§ 4

1. Rok akademicki trwa od dnia 1 października do dnia 30 września następnego roku kalendarzowego, o ile rektor Uniwersytetu nie zarządzi inaczej.
2. Wakacje trwają łącznie co najmniej sześć tygodni, w tym cztery tygodnie nieprzerwanych wakacji letnich.

§ 5

Do dnia 30 kwietnia rektor Uniwersytetu określa szczegółową organizację następnego roku akademickiego.

§ 6

Rektor Uniwersytetu może ustanowić w roku akademickim dni lub godziny wolne od zajęć.

§ 7

Dziekan może zawiesić zajęcia na wydziale w danym dniu lub w określonych godzinach.

¹ Tekst Regulaminu studiów UAM uwzględniający zmiany wprowadzone uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu UAM z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, które obowiązują od dnia 1.10.2015 r. Decyzje podjęte na podstawie postanowień zmienionych albo uchylonych ww. uchwałą pozostają w mocy, jednak nie później niż do dnia 31.12.2016 r.

§ 8

Dziekan określa na nowy rok akademicki plan zajęć oraz zasady podziału studentów na grupy zajęciowe, kierując się uchwałami Senatu i rady wydziału.

III. Tok studiów

1. Zasady ogólne

§ 9

Studia odbywa się na podstawie programu kształcenia danych studiów, obowiązującym w roku akademickim, w którym student rozpoczął naukę.

§ 10

W przypadku konieczności odbywania studiów na podstawie nowego programu kształcenia, dziekan może zarządzić obowiązek uzupełnienia zaległości wynikających z różnic w programach studiów.

§ 11

1. Rada wydziału uchwała, po zasięgnięciu opinii właściwego organu samorządu studenckiego, zgodnie z wytycznymi ustalonymi przez Senat, program kształcenia, w tym plan studiów.
2. Program kształcenia zawiera opis, określonych uchwałą Senatu, efektów kształcenia dla określonego kierunku, poziomu i profilu studiów oraz opis procesu kształcenia, prowadzącego do osiągnięcia tych efektów, wraz z przypisanymi do poszczególnych modułów tego procesu punktami (ECTS) i opisem stosowanych metod wyrażania osiągnięć studenta zgodnie z ECTS.
3. Plan studiów określa w szczególności:
 - 1) profil i rodzaj studiów (studia pierwszego stopnia, studia drugiego stopnia, jednolite studia magisterskie) i ich formę (stacjonarne, niestacjonarne);
 - 2) czas trwania studiów z podaniem liczby semestrów oraz sposób ich zakończenia;
 - 3) moduły (przedmioty) prowadzone w danym semestrze, z podaniem ich godzinowego wymiaru oraz przypisaną im punktacją ECTS;
 - 4) formę prowadzenia modułów (przedmiotów).
4. Plan studiów nie może przewidywać więcej niż osiem egzaminów w roku akademickim, w tym nie więcej niż pięć egzaminów w semestrze, z wyłączeniem egzaminu dyplomowego.
5. Program kształcenia, w tym plan studiów jest ogłaszany przez dziekana na internetowej stronie wydziału nie później niż cztery miesiące przed rozpoczęciem roku akademickiego.

§ 12

1. W zakresie wskazanych w planie studiów modułów (przedmiotów) do wyboru rada wydziału określa do dnia 30 maja na następny rok akademicki:
 - 1) listę określonych modułów (przedmiotów) do wyboru;
 - 2) zasady wyboru tych modułów (przedmiotów);
 - 3) warunki zmiany albo rezygnacji z wybranego modułu (przedmiotu);
 - 4) warunki zwolnienia z zaliczenia wybranego modułu (przedmiotu).
2. Wybrany przez studenta moduł (przedmiot) staje się dla niego modułem (przedmiotem) obowiązkowym.

§ 13 (uchylono)

§ 14

1. W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na odbywanie przez studenta części studiów na innej uczelni, określając efekty kształcenia i punkty ECTS, które należy osiągnąć na innej uczelni oraz termin ich zaliczenia.
2. Podstawą decyzji, o której mowa w ust. 1, jest wykaz zajęć, który student przedkłada dziekanowi po uzgodnieniu go z pełnomocnikiem dziekana właściwym w sprawach wymiany studenckiej.
3. W szczególnie uzasadnionym przypadku dziekan może zwolnić studenta z zaliczania zajęć objętych programem kształcenia studiów w okresie odbywania przez studenta studiów na innej uczelni.

§ 15

1. Na wniosek wybitnie uzdolnionego ucznia dziekan może zezwolić na uczestniczenie w określonych zajęciach przewidzianych tokiem studiów na kierunkach zgodnych z uzdolnieniami ucznia oraz na zaliczanie tych zajęć.
2. Rada wydziału może określić szczególne warunki, jakie powinien wypełniać wybitnie uzdolniony uczeń.

§ 15a

1. Władze Uniwersytetu zobowiązane są do podejmowania działań zmierzających do stwarzania studentom niepełnosprawnym warunków do pełnego udziału w procesie kształcenia, na zasadach określonych w odrębnych zarządzeniach rektora Uniwersytetu.
2. Student niepełnosprawny może sporządzać dla własnych potrzeb notatki z zajęć z zastosowaniem środków technicznych odpowiednich dla jego niepełnosprawności.

2. Indywidualna organizacja studiów i indywidualny tok studiów

§ 16²

1. W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na indywidualną organizację studiów, która uprawnia studenta do uczestnictwa w zajęciach oraz zaliczania modułów (przedmiotów) na warunkach i w terminach

² Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 16 miało następujące brzmienie:

1. *W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na indywidualną organizację studiów, która uprawnia studenta do uczestnictwa w zajęciach oraz zaliczania modułów (przedmiotów) na warunkach i w terminach uzgodnionych indywidualnie z prowadzącymi zajęcia, w granicach danego roku akademickiego, jak również może zezwolić na nieuczestniczenie w zajęciach, co jednak nie zwalnia studenta z obowiązku ich zaliczenia.*
2. *W ramach decyzji, o której mowa w ust. 1, w szczególnie uzasadnionym przypadku, dziekan może zezwolić na wyznaczenie terminów egzaminów lub zaliczeń w następnym roku akademickim*

uzgodnionych indywidualnie z prowadzącymi zajęcia, w granicach danego roku akademickiego, jak również może zezwolić na nieuczestniczenie w zajęciach, co jednak nie zwalnia studenta z obowiązku ich zaliczenia. W takim przypadku student powinien zgłosić się do osoby prowadzącej zajęcia w terminie 14 dni od uzyskania decyzji w celu ustalenia warunków zaliczenia.

- 1a. Student, o którym mowa w ust. 1 zdanie drugie, powinien najpóźniej w terminie 14 dni przed terminem zaliczenia lub egzaminu dla ogółu grupy, zgłosić się do osoby prowadzącej zajęcia w celu ustalenia terminu zaliczenia.
2. W ramach decyzji, o której mowa w ust. 1, w szczególnie uzasadnionym przypadku, dziekan może zezwolić na wyznaczenie terminów egzaminów lub zaliczeń w następnym roku akademickim.

§ 17³

W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta dziekan może zezwolić na jednoczesną realizację dwóch kolejnych lat studiów. Realizacja dwóch lat studiów nie stanowi indywidualnej organizacji studiów, o której mowa w § 16 ust. 1.

§ 18

1. Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów z bardzo dobrymi wynikami w nauce, rada wydziału może zezwolić na indywidualny tok studiów, wyznaczając:
 - 1) treść indywidualnego programu kształcenia, który nie może prowadzić do obniżenia liczby punktów ECTS, efektów kształcenia wymaganych dla określonego kierunku, poziomu i profilu kształcenia;
 - 2) opiekuna naukowego, którym może być profesor albo doktor habilitowany.
2. Wniosek o zezwolenie na indywidualny tok studiów powinien wskazywać:
 - 1) wybranego opiekuna wraz z jego pisemną zgodą na opiekę naukową;
 - 2) wykaz modułów (przedmiotów) składających się na indywidualny plan studiów;
 - 3) zgodę innych wydziałów albo uczelni na zaliczenie modułów (przedmiotów), z których student zamierza uzyskać zaliczenie, jeżeli wnosi on o ich uwzględnienie w indywidualnym programie kształcenia.
3. Wniosek, o którym mowa w ust. 1, może również złożyć student I roku studiów drugiego stopnia, który ukończył studia pierwszego stopnia z bardzo dobrymi wynikami w nauce.

§ 18a⁴

³ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 17 miało następujące brzmienie:

W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta dziekan może zezwolić na jednoczesną realizację dwóch lat studiów.

⁴ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 18a miało następujące brzmienie:
Indywidualne studia międzyobszarowe odbywają się na zasadach określonych w regulaminie, z uwzględnieniem odrębnej w tym przedmiocie uchwały Senatu.

Indywidualne studia międzyobszarowe oraz studia realizowane w wyniku potwierdzenia efektów uczenia się odbywają się na zasadach określonych w regulaminie, z uwzględnieniem odrębnych w tym przedmiocie uchwał Senatu.

3. Zaliczenie modułu (przedmiotu)

§ 19⁵

Kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej prowadzącej dany przedmiot w porozumieniu z prowadzącym zajęcia oraz egzaminatorem określa nie później niż na 14 dni od rozpoczęcia zajęć i niezwłocznie ogłasza w systemie USOS oraz na stronie internetowej jednostki:

- 1) opis modułu kształcenia dotyczący tych zajęć,
- 2) warunki i tryb ich odbywania, przy czym można zobowiązać studentów I roku studiów pierwszego stopnia oraz jednolitych studiów magisterskich do obowiązkowego uczestnictwa w wykładzie,
- 3) warunki usprawiedliwiania i odrabiania nieobecności na zajęciach,
- 4) warunki i tryb uzyskiwania zaliczenia oraz składania egzaminu,
- 5) termin egzaminu lub zaliczenia, przy czym termin egzaminu poprawkowego nie może być wyznaczony później niż na dzień 20 września.

§ 20

Egzaminy i zaliczenia odbywają się w miejscu prowadzenia zajęć.

§ 21⁶

1. Student przystępuje do egzaminu lub zaliczenia w ustalonym terminie z kartą okresowych osiągnięć i indeksem.

⁵ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 241/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 29 czerwca 2015 r. w sprawie zmiany Uchwały nr 207/2014/2015 Senatu UAM o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie z dniem jej podjęcia. Wcześniej postanowienie § 19 miało następujące brzmienie:

Dziekan, w porozumieniu z kierownikami jednostek organizacyjnych, określa nie później niż czternaście dni od rozpoczęcia semestru i niezwłocznie ogłasza na stronie internetowej wydziału:

- 1) *warunki i tryb odbywania zajęć dydaktycznych, przy czym nie można zobowiązywać studenta do obowiązkowego uczestnictwa w wykładzie;*
- 2) *warunki usprawiedliwiania i odrabiania nieobecności na zajęciach;*
- 3) *warunki i tryb uzyskiwania zaliczenia oraz składania egzaminu;*
- 4) *zasady zapisywania się na egzamin;*
- 5) *termin egzaminu i zaliczenia, przy czym termin egzaminu nie może być wyznaczony później niż na dzień 20 września;*
- 6) *tryb ogłaszania wyników egzaminu lub zaliczenia;*
- 7) *tryb dokonywania wpisów ocen z egzaminu lub zaliczenia.*

⁶ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 21 miało następujące brzmienie:

1. *Student przystępuje do egzaminu i zaliczenia w ustalonym terminie z kartą okresowych osiągnięć i indeksem.*
 - 1a. *W przypadku prowadzenia elektronicznego dokumentowania przebiegu studiów, student przystępuje do egzaminu albo zaliczenia w ustalonym przez prowadzącego terminie i obowiązany jest okazać legitymację studencką, pod rygorem niedopuszczenia do zaliczenia albo egzaminu.*
 2. *Student przystępujący do zaliczenia albo egzaminu zobowiązany jest okazać indeks na żądanie zaliczającego albo egzaminatora, pod rygorem niedopuszczenia do zaliczenia albo egzaminu.*

1a. W przypadku prowadzenia elektronicznego dokumentowania przebiegu studiów, student przystępuje do egzaminu lub zaliczenia w ustalonym przez prowadzącego terminie i obowiązany jest okazać dokument potwierdzający tożsamość, pod rygorem niedopuszczenia do zaliczenia albo egzaminu.

2. *(skreślony)*

§ 22⁷

1. Przy egzaminach stosuje się następującą skalę ocen:

- 1) bardzo dobry (*bdb*; 5,0);
- 2) dobry plus (*db plus*, 4,5);
- 3) dobry (*db*; 4,0);
- 4) dostateczny plus (*dst plus*; 3,5);
- 5) dostateczny (*dst*; 3,0);
- 6) niedostateczny (*ndst*; 2,0).

2. Przy zaliczeniach stosuje się skalę ocen wskazaną w ust. 1.

3. Szczególnie bardzo dobre przygotowanie się studenta można ocenić „celująco” (*bdb*; 5).

4. Przeliczenia oceny uzyskanej na innej uczelni według innej skali na ocenę według skali wskazanej w ust. 1 i 2 dokonuje dziekan.

§ 23⁸

1. Oceny z egzaminów lub zaliczeń są wprowadzane do systemu USOS nie później niż do dnia: 31 marca (w semestrze zimowym w przypadku, gdy okresem rozliczeniowym jest semestr studiów), 30 września (w semestrze letnim w przypadku, gdy okresem rozliczeniowym jest semestr studiów lub w przypadku, gdy okresem rozliczeniowym

⁷ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 22 miało następujące brzmienie:

1. Przy egzaminach stosuje się następującą skalę ocen:

- 1) *bardzo dobry (bdb; 5);*
- 2) *dobry plus (db plus, 4+);*
- 3) *dobry (db; 4);*
- 4) *dostateczny plus (dst plus; 3+);*
- 5) *dostateczny (dst; 3);*
- 6) *niedostateczny (ndst; 2).*

2. Przy zaliczeniach stosuje się skalę ocen wskazaną w ust. 1.

3. Szczególnie bardzo dobre przygotowanie się studenta można ocenić „celująco” (*bdb*; 5).

4. Przeliczenia oceny uzyskanej na innej uczelni według innej skali na ocenę według skali wskazanej w ust.

1 i 2 dokonuje dziekan.

⁸ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 23 miało następujące brzmienie:

1. Oceny z egzaminu albo zaliczenia ogłasza się i wpisuje do indeksu oraz karty okresowych osiągnięć bez zbędnej zwłoki.

2. W przypadku prowadzenia elektronicznego dokumentowania przebiegu studiów, oceny z egzaminu albo zaliczenia wpisuje się do systemu USOS, a podpisany protokół zaliczenia modułu (przedmiotu) w postaci wydruku z systemu USOS przekazuje się do dziekanatu.

jest rok studiów) danego roku akademickiego, z zastrzeżeniem ust. 2-4. Dziekan może przesunąć terminy wprowadzania ocen do systemu USOS.

2. O ocenie z zaliczenia i egzaminu ustnego prowadzący zajęcia powiadamia studenta natychmiast po zakończeniu egzaminu lub zaliczenia. Ocena ta jest wprowadzana do systemu USOS nie później niż w ciągu 3 dni roboczych od daty egzaminu lub zaliczenia.
3. Oceny z egzaminu lub zaliczenia pisemnego są wprowadzane do systemu USOS niezwłocznie po ocenieniu prac pisemnych, jednak nie później niż w ciągu 14 dni od daty jego przeprowadzenia.
4. W przypadku modułów (przedmiotów), dla których warunkiem przystąpienia do egzaminu jest zaliczenie innych zajęć z tego przedmiotu oceny z zaliczeń są wprowadzane do systemu USOS przed wyznaczonym terminem egzaminu z tego przedmiotu.
5. Prowadzący zajęcia jest zobowiązany dostarczyć do dziekanatu podpisane protokoły zaliczeń przedmiotów w postaci wydruku z systemu USOS nie później niż w ciągu 5 dni roboczych po terminie wprowadzenia ocen do systemu USOS. Terminy wprowadzenia ocen z egzaminów lub zaliczeń do systemu USOS określają ust. 1-4.

§ 24⁹

W przypadku, gdy student, który nie przystąpi do egzaminu lub zaliczenia w ustalonym terminie bez usprawiedliwionej przyczyny, egzaminator albo prowadzący zajęcia wpisuje ocenę niedostateczną (*per absentiam*). Wobec braku takiego wpisu do końca roku akademickiego, wskazaną ocenę wpisuje dziekan.

§ 25¹⁰

Student może zapoznać się ze swoją ocenioną pracą pisemną w terminie 14 dni od ogłoszenia wyników w systemie USOS.

§ 26

1. W przypadku, gdy moduł (przedmiot) obejmuje zajęcia, w których uczestnictwo jest obowiązkowe, warunkiem dopuszczenia do egzaminu jest uprzednie zaliczenie takich zajęć z danego modułu (przedmiotu).
2. W razie niedopuszczenia do egzaminu, o którym mowa w ust. 1, egzaminator wpisuje z egzaminu ocenę niedostateczną. Wobec braku takiego wpisu do końca roku akademickiego, wskazaną ocenę wpisuje dziekan.

⁹ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 24 miało następujące brzmienie:

W przypadku, gdy student nie przystąpi do egzaminu lub zaliczenia w ustalonym terminie bez usprawiedliwionej przyczyny, dziekan wpisuje ocenę niedostateczną (per absentiam).

¹⁰ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 25 miało następujące brzmienie:
Student może zapoznać się ze swoją ocenioną pracą pisemną do dwóch tygodni od ogłoszenia wyników.

§ 27¹¹

W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta złożony w terminie dwudziestu jeden dni od rozpoczęcia semestru, dziekan może zezwolić na zaliczenie przez studenta określonego modułu (przedmiotu) przewidzianego w planie studiów w następnych semestrach.

§ 28¹²

1. W przypadku potwierdzenia zbieżności uzyskanych efektów kształcenia, dziekan może na wniosek studenta uwzględnić zaliczenie modułu lub grupy modułów kształcenia uzyskane przez niego w ramach studiów odbywanych na innym kierunku lub na innej uczelni w trybie nie objętym porozumieniem zawartym pomiędzy tą uczelnią a Uniwersytetem lub decyzją, o której mowa w § 14.
2. Dziekan na wniosek studenta może zezwolić na zaliczenie modułu (przedmiotu) uzyskane przez studenta na uczelni, o której mowa w ust. 1, przed skreśleniem z listy studentów.
3. Wniosek, o którym mowa w ust. 1 i 2 powinien być złożony nie później niż przed upływem 14 dni od rozpoczęcia semestru.

§ 29

Na wniosek studenta dziekan może, po zasięgnięciu opinii kierownika jednostki organizacyjnej prowadzącej dany moduł (przedmiot), zaliczyć zajęcia z tego modułu (przedmiotu) na podstawie związanej z nim pracy badawczej lub wdrożeniowej wykonanej przez studenta.

§ 30¹³

Uzyskanie zaliczenia z seminarium dyplomowego w ostatnim semestrze studiów następuje po złożeniu pracy dyplomowej.

¹¹ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 27 miało następujące brzmienie:

W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta złożony w terminie dwudziestu jeden dni od rozpoczęcia semestru, dziekan może zezwolić na zaliczenie przez studenta określonego modułu (przedmiotu) przewidzianego w planie studiów w następnych semestrach.

¹² Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 28 miało następujące brzmienie:

W uzasadnionym przypadku, w szczególności wobec stwierdzenia zbieżności uzyskanych efektów kształcenia, dziekan może na wniosek studenta uwzględnić zaliczenie modułu (przedmiotu) uzyskane przez niego w ramach studiów odbywanych na innym kierunku lub na innej uczelni w trybie nie objętym porozumieniem zawartym pomiędzy tą uczelnią a Uniwersytetem lub decyzją, o której mowa w § 14.

¹³ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 30 miało następujące brzmienie:

W przypadku, gdy student jest zobowiązany do złożenia pracy dyplomowej, uzyskanie zaliczenia z seminarium dyplomowego w ostatnim semestrze studiów następuje po złożeniu pracy dyplomowej.

§ 31

1. Zakres i warunki prowadzenia zajęć oraz przeprowadzania zaliczeń i egzaminów w języku obcym, obowiązujące na danym kierunku studiów, są identyczne jak w języku polskim.
2. Rada wydziału może określić szczególny zakres i warunki, o których mowa w ust. 1.

4. Poprawkowe i komisyjne zaliczanie modułu (przedmiotu)

§ 32¹⁴

1. W przypadku odmowy zaliczenia zajęć albo otrzymania z nich oceny niedostatecznej, kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej lub wskazana przez niego osoba może na wniosek studenta zezwolić na komisyjne zaliczenie zajęć.
2. Wniosek o komisyjne zaliczenie zajęć student może złożyć w terminie siedmiu dni od odmowy zaliczenia zajęć albo wpisania oceny niedostatecznej.
3. W przypadku uwzględnienia wniosku, o którym mowa w ust. 2, zaliczenie odbywa się niezwłocznie przed komisją, w skład której wchodzi:
 - 1) kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej albo osoba przez niego wskazana;
 - 2) osoba prowadząca dane zajęcia;
 - 3) inny specjalista z zakresu danego modułu (przedmiotu).
4. Na wniosek studenta zaliczenie odbywa się w obecności wskazanego przez studenta nauczyciela akademickiego wydziału lub przedstawiciela samorządu studenckiego w charakterze obserwatora.
5. W przypadku nieuwzględnienia wniosku, o którym mowa w ust. 2, kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej wydaje uzasadnienie odmowy.

¹⁴

Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 32 miało następujące brzmienie:

1. W przypadku odmowy zaliczenia zajęć albo otrzymania z nich oceny niedostatecznej, kierownik jednostki organizacyjnej prowadzącej zajęcia może na wniosek studenta zezwolić na komisyjne zaliczenie zajęć.
2. Wniosek o komisyjne zaliczenie zajęć student może złożyć w terminie siedmiu dni od odmowy zaliczenia zajęć albo wpisania oceny niedostatecznej.
3. W przypadku uwzględnienia wniosku, o którym mowa w ust. 2, zaliczenie odbywa się niezwłocznie przed komisją, w skład której wchodzi:
 - 1) kierownik właściwej jednostki organizacyjnej;
 - 2) osoba prowadząca dane zajęcia;
 - 3) specjalista z zakresu danego modułu (przedmiotu).
4. Na wniosek studenta zaliczenie odbywa się w obecności wskazanego przez studenta nauczyciela akademickiego wydziału lub przedstawiciela samorządu studenckiego w charakterze obserwatora.
5. W przypadku nieuwzględnienia wniosku, o którym mowa w ust. 2, kierownik jednostki organizacyjnej wydaje uzasadnienie odmowy.

§ 33¹⁵

1. W przypadku uzyskania na egzaminie oceny niedostatecznej, studentowi przysługuje jednorazowy egzamin poprawkowy, który nie może być przeprowadzony wcześniej niż przed upływem siedmiu dni od daty ogłoszenia wyników pierwszego egzaminu.
2. Uprawnienie, o którym mowa w ust. 1, dotyczy również zaliczenia. W przypadku skorzystania z tego uprawnienia, wyłączona jest możliwość złożenia wniosku, o którym mowa w § 32 ust. 1.

§ 34

1. W przypadku zakwestionowania przez studenta prawidłowości przebiegu egzaminu, dziekan może zezwolić na egzamin komisyjny.
2. Wniosek o egzamin komisyjny student może złożyć w terminie siedmiu dni od ogłoszenia wyniku egzaminu.
3. Dziekan rozstrzyga wniosek, o którym mowa w ust. 2, w terminie siedmiu dni od jego otrzymania.
4. W przypadku uwzględnienia wniosku o egzamin komisyjny, dziekan określa:
 - 1) miejsce i formę egzaminu;
 - 2) termin egzaminu, nie wcześniejszy niż trzy dni i nie późniejszy niż czternaście dni od podjęcia decyzji;
 - 3) skład komisji egzaminacyjnej, którą stanowią: dziekan lub osoba przez niego upoważniona, egzaminator, który przeprowadzał poprzedni egzamin oraz inny specjalista z zakresu modułu (przedmiotu) objętego egzaminem lub specjalności pokrewnej.
5. Na wniosek studenta egzamin odbywa się w obecności wskazanego przez studenta nauczyciela akademickiego wydziału lub przedstawiciela samorządu studenckiego w charakterze obserwatora.
6. Egzamin komisyjny może zostać zarządzony z inicjatywy dziekana. W takim przypadku postanowienia ust. 4 i 5 stosuje się odpowiednio.
7. Ocena z egzaminu komisyjnego jest ostateczna.

¹⁵ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 33 miało następujące brzmienie:

1. *W przypadku uzyskania na egzaminie oceny niedostatecznej, studentowi przysługuje jednorazowy egzamin poprawkowy, który nie może być przeprowadzony wcześniej niż po upływie siedmiu dni od daty ogłoszenia wyników pierwszego egzaminu.*
2. *Uprawnienie, o którym mowa w ust. 1, dotyczy również zaliczenia. W przypadku skorzystania z tego uprawnienia, wyłączona jest możliwość złożenia wniosku, o którym mowa w § 32 ust. 1.*

5. Powtarzanie modułu (przedmiotu)

§ 35¹⁶

1. Na wniosek studenta dziekan może zezwolić na powtórzenie modułu (przedmiotu) niezaliczonego:
 - 1) z jednoczesnym kontynuowaniem przez studenta studiów na roku wyższym, jeżeli liczba niezaliczonych przedmiotów nie przekracza trzech;
 - 2) bez kontynuowania przez studenta studiów na roku wyższym.
2. W sytuacji określonej w ust. 1 pkt 2 przepisu § 17 nie stosuje się.

§ 36¹⁷

1. Wniosek o powtarzanie modułu (przedmiotu) student powinien złożyć najpóźniej w terminie 14 dni po zakończeniu roku akademickiego lub przedłużonej sesji egzaminacyjnej.
2. (*uchylony*).
3. Moduł (przedmiot) już powtarzany nie może być powtarzany po raz drugi.
4. Moduł (przedmiot) powtarzany musi być zaliczony w następnym roku akademickim w pełnym zakresie przewidzianym planem studiów; przepis § 28 ust. 2 i 3 stosuje się odpowiednio.

§ 37

Rada wydziału może określić moduły (przedmioty), które nie mogą być powtarzane, jednak nie więcej niż połowę wszystkich modułów (przedmiotów) wskazanych w planie studiów.

6. Zaliczenie semestru i roku studiów

§ 38

1. Zaliczenie semestru i roku studiów dziekan potwierdza w indeksie i w karcie okresowych osiągnięć na podstawie zawartych w nich wpisów.
2. W przypadku prowadzenia elektronicznego dokumentowania przebiegu studiów, zaliczenie semestru i roku studiów dziekan potwierdza w karcie okresowych osiągnięć studenta będącej wydrukiem z systemu USOS.

16

Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 35 miało następujące brzmienie:

Na wniosek studenta dziekan może zezwolić na powtórzenie przedmiotu niezaliczonego:

- 1) *z jednoczesnym kontynuowaniem przez studenta studiów na roku wyższym;*
- 2) *bez kontynuowania przez studenta studiów na roku wyższym.*

17

Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 36 miało następujące brzmienie:

1. *Wniosek o powtarzanie modułu (przedmiotu) student może złożyć najpóźniej w terminie czternastu dni po zakończeniu roku akademickiego albo przedłużonej sesji egzaminacyjnej.*
2. *W jednym roku akademickim nie można wnioskować o powtarzanie więcej niż trzech modułów (przedmiotów).*
3. *Moduł (przedmiot) już powtarzany nie może być powtarzany po raz drugi.*
4. *Moduł (przedmiot) powtarzany musi być zaliczony w następnym roku akademickim w pełnym zakresie przewidzianym planem studiów.*

§ 39

Student zalicza semestr i rok studiów w okresie zaliczeniowym, wskazanym w ramach organizacji roku akademickiego.

§ 40

Student, który otrzymał indeks i kartę okresowych osiągnięć zobowiązany jest do złożenia ich w dziekanacie niezwłocznie po zakończeniu sesji egzaminacyjnej.

§ 41¹⁸

1. Na wniosek studenta kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej może zezwolić na przedłużenie sesji egzaminacyjnej nie dłużej niż o miesiąc.
2. W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej może jednokrotnie przedłużyć sesję egzaminacyjną o kolejny miesiąc.

§ 42¹⁹

1. W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej może zezwolić na zaliczenie semestru lub roku studiów tylko na podstawie zaliczeń i egzaminów uzyskanych na innej uczelni lub na innym kierunku lub wydziale.
2. W przypadku, gdy zachodzą różnice programowe między planami studiów odbytych na innej uczelni oraz na innym kierunku lub wydziale, i realizowanych na Uniwersytecie, dziekan wyznacza moduły (przedmioty) uzupełniające te różnice oraz termin ich zaliczenia.

7. Praktyki studenckie

§ 43

Rada wydziału określa zasady organizowania, odbywania, nadzorowania i zaliczania obowiązkowych oraz nieobowiązkowych praktyk studenckich na danym kierunku studiów, z uwzględnieniem obowiązujących w tym zakresie zarządzeń rektora Uniwersytetu.

¹⁸ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 41 miało następujące brzmienie:

W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta dziekan może zezwolić na przedłużenie sesji egzaminacyjnej, jednak nie dłużej niż o dwa miesiące.

¹⁹ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 42 miało następujące brzmienie:

1. *W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta dziekan może zezwolić na zaliczenie semestru lub roku studiów tylko na podstawie zaliczeń i egzaminów uzyskanych na innej uczelni.*
2. *W przypadku, gdy zachodzą różnice programowe między planami studiów odbytych na innej uczelni i realizowanych na Uniwersytecie, dziekan wyznacza moduły (przedmioty) uzupełniające te różnice oraz termin ich zaliczenia.*

8. Urlop od zajęć

§ 44

1. W szczególnie uzasadnionym przypadku, jednak nie więcej niż dwa razy w toku całych studiów, na wniosek studenta dziekan może zezwolić na długoterminowy urlop od zajęć w uczelni na okres nie dłuższy niż dwanaście miesięcy.
2. Udzielenie urlopu długoterminowego przedłuża termin ukończenia studiów.

§ 45

1. W przypadku planowanych wyjazdów krajowych lub zagranicznych organizowanych przez uczelnię, samorząd studencki lub inne uczelniane organizacje studenckie, jednak nie więcej niż dwa razy w toku całych studiów, dziekan może zezwolić na krótkoterminowy urlop od zajęć w uczelni na okres wyjazdu, jednak nie dłuższy niż dwa miesiące.
2. Udzielenie urlopu krótkoterminowego nie przedłuża terminu zaliczenia semestru lub roku.

§ 46

Nie udziela się urlopu za okres poprzedniego semestru lub roku akademickiego.

§ 47

W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta dziekan może zezwolić na udział urlopowanego studenta w określonych zajęciach oraz przystępowania do określonych zaliczeń i egzaminów.

9. Zmiana studiów

§ 48

1. Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów, dziekan może zezwolić na:
 - 1) zmianę specjalności na danym kierunku studiów;
 - 2) zmianę kierunku studiów niestacjonarnych;
 - 3) podjęcie studiów na dodatkowym kierunku studiów niestacjonarnych;
 - 4) zmianę kierunku studiów stacjonarnych na ten sam albo inny kierunek studiów niestacjonarnych;
 - 5) zmianę studiów jednolitych magisterskich na studia dwustopniowe.
2. Wniosek, o którym mowa w ust. 1 pkt 1, może być również złożony przez studenta I roku studiów drugiego stopnia.

§ 49²⁰

1. Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów, kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej może zezwolić na zmianę kierunku lub specjalności studiów stacjonarnych.

²⁰ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 49 miało następujące brzmienie:

1. *Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów, dziekan może zezwolić na zmianę kierunku studiów stacjonarnych.*
2. *Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów z bardzo dobrymi wynikami w nauce, dziekan może zezwolić na zmianę formy studiów z niestacjonarnych na stacjonarne na danym kierunku studiów.*

2. Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów z bardzo dobrymi wynikami w nauce, dziekan może zezwolić na zmianę formy studiów z niestacjonarnych na stacjonarne na danym kierunku studiów.

§ 50

W przypadku, gdy kierunek studiów, o którym mowa w § 48 i § 49, prowadzony jest na innym wydziale, decyzje podejmuje dziekan tego wydziału po zasięgnięciu opinii dziekana wydziału podstawowego.

§ 51²¹

Student może przenieść się do innej uczelni za zgodą jej organów oraz za zgodą kierownika podstawowej jednostki organizacyjnej, pod warunkiem wypełnienia swoich obowiązków na Uniwersytecie.

§ 52

Rada wydziału może określić szczególne warunki wyrażania przez dziekana zgody, której mowa w § 48-50.

10. Skreślenie z listy studentów

§ 53

Dziekan skreśla studenta z listy studentów w przypadku:

- 1) niepodjęcia studiów w wymaganym terminie;
- 2) złożenia pisemnej rezygnacji ze studiów;
- 3) niezłożenia w terminie pracy dyplomowej;
- 4) niezłożenia w terminie egzaminu dyplomowego;
- 5) ukarania karą dyscyplinarną wydalenia z uczelni.

§ 54²²

Dziekan może skreślić studenta z listy studentów w przypadku:

- 1) nieuzyskania zaliczenia semestru albo roku w wyznaczonym terminie;
- 2) niewniesienia opłat związanych z odbywaniem studiów;
- 3) stwierdzenia braku postępów w nauce;
- 4) niepodpisania przez studenta przedłożonej przez Uniwersytet umowy o warunkach odpłatności za studia lub usługi edukacyjne.

²¹ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 51 miało następujące brzmienie:

Student może przenieść się do innej uczelni za zgodą jej organów, pod warunkiem wypełnienia swoich obowiązków na Uniwersytecie, potwierdzonego przez dziekana.

²² Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 54 miało następujące brzmienie:

Dziekan może skreślić studenta z listy studentów w przypadku:

- 1) *nieuzyskania zaliczenia semestru albo roku w wyznaczonym terminie;*
- 2) *niewniesienia opłat związanych z odbywaniem studiów;*
- 3) *stwierdzenia braku postępów w nauce.*

§ 55

1. Okoliczności, o których mowa w § 53 i § 54 ustala się w odrębnym postępowaniu w sprawie skreślenia studenta z listy studentów.
2. Postępowanie, o którym mowa w ust. 1 wszczyna dziekan, pisemnie zawiadamiając o tym studenta.
3. Zawiadomienie, o którym mowa w ust. 2, powinno zawierać:
 - 1) oznaczenie organu wszczynającego postępowanie;
 - 2) datę wydania;
 - 3) oznaczenie adresata;
 - 4) uzasadnienie faktyczne i prawne wszczęcia postępowania;
 - 5) pouczenie o prawie złożenia wyjaśnień w terminie czternastu dni od otrzymania zawiadomienia i trybie ich złożenia.

11. Wznowienie studiów

§ 56²³

1. Dziekan może jednorazowo zezwolić na wznowienie studiów przez studenta, który został skreślony z listy studentów po zaliczeniu I roku studiów.
2. W decyzji o wznowieniu studiów dziekan określa rok studiów, na który student zostaje przyjęty oraz może określić dodatkowe warunki wznowienia.
3. W przypadku ponownego skreślenia studenta, o którym mowa w ust. 1, wznowienie studiów może nastąpić:
 - a) w formie studiów niestacjonarnych – na podstawie decyzji dziekana;
 - b) w formie studiów stacjonarnych – na podstawie decyzji Rektora.

§ 57

Na wniosek studenta dziekan zezwala na wznowienie studiów wyłącznie w celu przeprowadzenia egzaminu dyplomowego, jeżeli zostały spełnione warunki, o których mowa w § 67.

§ 58

Rada wydziału może określić szczególne warunki, w tym termin wznowienia studiów.

§ 59

Ponowne przyjęcie na studia osoby, która została skreślona z listy studentów I roku studiów, następuje wyłącznie na ogólnych zasadach rekrutacji na studia, określonych przez senat Uniwersytetu.

²³ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 56 miało następujące brzmienie:

1. *Dziekan może jednorazowo zezwolić na wznowienie studiów przez studenta, który został skreślony z listy studentów po zaliczeniu I roku studiów.*
2. *W decyzji o wznowieniu studiów dziekan określa rok studiów, na który student zostaje przyjęty oraz może określić dodatkowe warunki wznowienia.*
3. *W przypadku ponownego skreślenia studenta, o którym mowa w ust. 1, wznowienie studiów może nastąpić wyłącznie w formie studiów niestacjonarnych.*

IV. Ukończenie studiów

1. Przygotowanie i złożenie pracy dyplomowej

§ 60

Przez pracę dyplomową rozumie się pracę licencjacką albo inżynierską oraz pracę magisterską.

§ 61²⁴

1. Pracę dyplomową student przygotowuje pod kierunkiem profesora albo doktora habilitowanego, przy czym pracę licencjacką albo inżynierską można przygotować pod kierunkiem nauczyciela akademickiego ze stopniem naukowym doktora.
2. W szczególnie uzasadnionym przypadku rada wydziału może upoważnić do kierowania pracą magisterską adiunkta niemającego stopnia naukowego doktora habilitowanego.
3. Jeżeli promotorem pracy magisterskiej jest adiunkt niemający stopnia doktora habilitowanego, dziekan wyznacza recenzenta spośród nauczycieli akademickich posiadających stopień naukowy doktora habilitowanego lub tytuł profesora.
4. W przypadku, gdy student chce wykonać pracę dyplomową pod kierunkiem nauczyciela akademickiego z innej uczelni albo pracownika spoza Uniwersytetu, Rada Wydziału może upoważnić taką osobę do współkierowania tą pracą, przy jednoczesnym powołaniu uprawnionego nauczyciela akademickiego z danej jednostki organizacyjnej do pełnienia tej funkcji z ramienia Uniwersytetu. Pracownik zewnętrzny ocenia pracę i pisze recenzję.

§ 62²⁵

1. Rektor Uniwersytetu określa zasady składania i archiwizacji prac dyplomowych z wykorzystaniem systemu Archiwum Prac Dyplomowych (APD) oraz wzór oświadczenia o samodzielnym napisaniu pracy dyplomowej i zgodności wersji elektronicznej pracy dyplomowej z wersją drukowaną.
2. Dziekan może określić szczegółowe zasady funkcjonowania Archiwum Prac Dyplomowych (APD) na danym wydziale.

²⁴ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 61 miało następujące brzmienie:

1. *Pracę dyplomową student przygotowuje pod kierunkiem profesora albo doktora habilitowanego, przy czym pracę licencjacką albo inżynierską można przygotować pod kierunkiem nauczyciela akademickiego ze stopniem naukowym doktora.*
2. *W szczególnie uzasadnionym przypadku rada wydziału może upoważnić do kierowania pracą magisterską adiunkta nie mającego stopnia naukowego doktora habilitowanego.*
3. *Jeżeli promotorem pracy dyplomowej jest adiunkt nie mający stopnia doktora habilitowanego, dziekan wyznacza recenzenta spośród nauczycieli akademickich posiadających stopień naukowy doktora habilitowanego lub tytuł profesora.*

²⁵ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 62 miało następujące brzmienie:
Rektor Uniwersytetu określa liczbę egzemplarzy pracy dyplomowej, wzór oświadczenia o samodzielnym napisaniu pracy dyplomowej oraz o zgodności wersji elektronicznej pracy z drukowaną.

§ 63²⁶

1. Student składa pracę dyplomową w dziekanacie nie później niż do 30 września ostatniego semestru studiów, a pracę inżynierską na studiach trwających 7 semestrów – do 31 marca. Termin ten jest terminem ostatecznym i nie ulega przedłużeniu.
2. Na egzemplarzach pracy dyplomowej złożonej w dziekanacie winna być umieszczona data i akceptacja promotora.

§ 64

Oceny pracy dyplomowej dokonuje kierujący pracą oraz powołany przez dziekana recenzent. Do recenzentów stosuje się odpowiednio postanowienia § 61.

§ 65

Rada wydziału określa zasady ustalania i zmiany tematu pracy dyplomowej oraz zasady ustanawiania i zmiany kierującego pracą dyplomową.

2. Egzamin dyplomowy

§ 66

Przez egzamin dyplomowy rozumie się egzamin licencjacki albo inżynierski oraz egzamin magisterski.

§ 67²⁷

1. Warunkiem dopuszczenia do egzaminu dyplomowego jest:
 - a) spełnienie wszystkich wymagań wynikających z programu studiów oraz zasad składania i archiwizacji prac dyplomowych, o których mowa w § 62,
 - b) uzyskanie pozytywnych recenzji pracy dyplomowej, jeśli praca taka została przewidziana w planie studiów.
2. W przypadku, gdy jedna z recenzji pracy dyplomowej nie jest pozytywna, dziekan może zezwolić na dopuszczenie studenta do egzaminu dyplomowego. Dziekan może w tej sprawie zasięgnąć opinii drugiego recenzenta.

²⁶ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 63 miało następujące brzmienie:

1. *Student składa pracę dyplomową w dziekanacie nie później niż do 30 września ostatniego semestru studiów.*
2. *Na egzemplarzach pracy dyplomowej złożonej w dziekanacie winna być umieszczona akceptacja promotora.*

²⁷ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 67 miało następujące brzmienie:

1. *Warunkiem dopuszczenia do egzaminu dyplomowego jest:*
 - 1) *spełnienie wszystkich wymagań wynikających z planu studiów;*
 - 2) *uzyskanie pozytywnych recenzji pracy dyplomowej, jeśli praca taka została przewidziana w planie studiów.*
2. *W przypadku, gdy jedna z recenzji pracy dyplomowej nie jest pozytywna, dziekan może zezwolić na dopuszczenie studenta do egzaminu dyplomowego. Dziekan może w tej sprawie zasięgnąć opinii drugiego recenzenta.*

§ 68²⁸

1. Na wniosek promotora lub z własnej inicjatywy kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej wyznacza recenzenta, termin egzaminu dyplomowego oraz skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy, który powinien odbyć się najpóźniej w terminie 3 miesięcy od daty przyjęcia pracy dyplomowej.
2. Na wniosek studenta kierownik podstawowej jednostki organizacyjnej może wyznaczyć termin egzaminu dyplomowego, przekraczający termin, o którym mowa w ust. 1.
3. Postanowienie ust. 1 stosuje się odpowiednio do otwartego egzaminu dyplomowego, który jest ogłaszany przez kierownika podstawowej jednostki organizacyjnej w sposób zwyczajowo przyjęty niezwłocznie po wyznaczeniu egzaminu dyplomowego.

§ 69²⁹

1. Jeżeli plan studiów przewiduje złożenie pracy magisterskiej, w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona;
 - 2) kierujący pracą dyplomową;
 - 3) recenzent pracy dyplomowej, a w przypadku określonym w § 67 ust. 2, również dodatkowy recenzent.
2. Jeżeli plan studiów przewiduje złożenie pracy licencjackiej lub inżynierskiej, w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona,

²⁸ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 68 miało następujące brzmienie:

1. Na wniosek promotora lub studenta dziekan wyznacza termin egzaminu dyplomowego, który powinien odbyć się najpóźniej w terminie 3 miesięcy od daty złożenia pracy dyplomowej.
2. Na wniosek promotora dziekan wyznacza skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy.
3. Postanowienia ust. 1 i 2 stosuje się odpowiednio do otwartego egzaminu dyplomowego, który jest ogłaszany przez dziekana w sposób zwyczajowo przyjęty niezwłocznie po wyznaczeniu terminu egzaminu dyplomowego.

²⁹ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 69 miało następujące brzmienie:

1. Jeżeli plan studiów przewiduje złożenie pracy dyplomowej, w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona;
 - 2) kierujący pracą dyplomową;
 - 3) recenzent pracy dyplomowej, a w przypadku określonym w § 67 ust. 2, również dodatkowy recenzent.
2. Jeżeli plan studiów nie przewiduje złożenia pracy dyplomowej, w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona,
 - 2) wyznaczony przez dziekana specjalista z danej dziedziny, posiadający co najmniej stopień naukowy doktora.
3. Przewodniczącym komisji, o której mowa w ust. 1 i 2, jest dziekan albo osoba przez niego upoważniona.
4. Rada wydziału może określić większą liczbę osób wchodzących w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy.

- 2) kierujący pracą dyplomową,
- 3) recenzent pracy dyplomowej, a w przypadku określonym w § 67 ust. 2, również dodatkowy recenzent.
3. Przewodniczącym komisji, o której mowa w ust. 1 i 2, jest dziekan albo osoba przez niego upoważniona.
4. Rada wydziału może określić większą liczbę osób wchodzących w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy.

§ 70

Rada wydziału określa formę i zakres egzaminu dyplomowego na danym kierunku.

§ 71

Przy ocenie pracy dyplomowej oraz wyniku egzaminu dyplomowego stosuje się skalę ocen określoną w § 22 ust. 1 oraz zasadę określoną w § 74.

§ 72

1. W przypadku uzyskania oceny niedostatecznej lub nieusprawiedliwionego nieprzystąpienia do egzaminu dyplomowego w ustalonym terminie, dziekan wyznacza drugi termin egzaminu jako ostateczny.
2. Powtórny egzamin dyplomowy może odbyć się nie wcześniej niż przed upływem jednego miesiąca i nie później niż po upływie trzech miesięcy od daty pierwszego egzaminu.

3. Wynik studiów

§ 73³⁰

Ostateczny wynik studiów określa suma uzyskana przez dodanie:

- 1) na studiach, na których student zobowiązany jest złożyć pracę dyplomową:
 - a) 3/5 średniej wszystkich uzyskanych ocen;
 - b) 1/5 oceny pracy dyplomowej stanowiącej średnią ocen wystawionych przez promotora i recenzenta; § 22 oraz § 74 stosuje się odpowiednio.
 - c) 1/5 końcowej oceny egzaminu dyplomowego.
- 2) na studiach, na których student nie jest zobowiązany do złożenia pracy dyplomowej:
 - a) 3/4 średniej wszystkich uzyskanych ocen;
 - b) 1/4 końcowej oceny egzaminu dyplomowego.
- 3) na kierunkach artystycznych:
 - a) 3/6 średniej wszystkich uzyskanych ocen;

³⁰ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 73 miało następujące brzmienie:

Ostateczny wynik studiów określa suma uzyskana przez dodanie:

- 1) *na studiach, na których student zobowiązany jest złożyć pracę dyplomową:*
 - a) *3/5 średniej wszystkich uzyskanych ocen z egzaminów;*
 - b) *1/5 średniej ocen pracy dyplomowej;*
 - c) *1/5 końcowej oceny egzaminu dyplomowego.*
- 2) *na studiach, na których student nie jest zobowiązany do złożenia pracy dyplomowej:*
 - a) *3/4 średniej wszystkich uzyskanych ocen z egzaminów;*
 - b) *1/4 końcowej oceny egzaminu dyplomowego.*

- b) 1/6 średniej ocen pracy dyplomowej;
- c) 1/6 końcowej oceny egzaminu dyplomowego (część teoretyczna);
- d) 1/6 końcowej oceny egzaminu dyplomowego (część artystyczna).

§ 74

W dyplomie ukończenia studiów wpisuje się ich ostateczny wynik określany zgodnie z zasadą:

- 1) do 3,40 – dostateczny;
- 2) powyżej 3,40 do 3,80 – dostateczny plus;
- 3) powyżej 3,80 do 4,20 – dobry;
- 4) powyżej 4,20 do 4,60 – dobry plus;
- 5) powyżej 4,60 – bardzo dobry.

§ 75

- 1. Student, który zdał egzamin dyplomowy może otrzymać zaświadczenie o lokacie uzyskanej na swoim roku studiów.
- 2. Rektor Uniwersytetu określa szczegółowe zasady przygotowania i wydania zaświadczenia, o którym mowa w ust. 1.

V. Rozstrzyganie spraw studenckich

§ 76³¹

- 1. Indywidualne sprawy studenckie związane z tokiem studiów niewymagające rozstrzygnięcia w drodze decyzji administracyjnej, dziekan załatwia na wniosek studenta w drodze zarządzenia w formie pisemnej lub formie wiadomości elektronicznej bądź w systemie USOS.
- 2. Zarządzenie, o którym mowa w ust. 1, powinno zawierać:
 - 1) oznaczenie organu wydającego zarządzenie;
 - 2) datę wydania;
 - 3) oznaczenie adresata;
 - 4) rozstrzygnięcie;
 - 5) pouczenie o prawie odwołania oraz zasadach jego złożenia.

³¹ Postanowienie zmienione Uchwałą nr 207/2014/2015 Senatu Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu z dnia 27 kwietnia 2015 r. o zmianie Regulaminu studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, która weszła w życie dnia 1 października 2015 r. Wcześniej postanowienie § 76 miało następujące brzmienie:

- 1. *Indywidualne sprawy studenckie związane z tokiem studiów niewymagające rozstrzygnięcia w drodze decyzji administracyjnej, dziekan załatwia na wniosek studenta w drodze pisemnego zarządzenia.*
- 2. *Zarządzenie, o którym mowa w ust. 1, powinno zawierać:*
 - 1) *oznaczenie organu wydającego zarządzenie;*
 - 2) *datę wydania;*
 - 3) *oznaczenie adresata;*
 - 4) *rozstrzygnięcie;*
 - 5) *pouczenie o prawie odwołania oraz zasadach jego złożenia.*
- 3. *Zarządzenie, o którym mowa w ust. 1, doręcza się studentowi za potwierdzeniem odbioru osobiście albo listem poleconym. Doręczenie listem poleconym wysyłane jest na adres wskazany przez studenta we wniosku o wydanie decyzji.*
- 4. *Od zarządzenia, o którym mowa w ust. 1, przysługuje w terminie czternastu dni od dnia jego doręczenia odwołanie do rektora, które składa się za pośrednictwem organu wydającego zarządzenie. Organ ten może dołączyć do odwołania swoją opinię w sprawie.*

3. Zarządzenie, o którym mowa w ust. 1, doręcza się studentowi za potwierdzeniem odbioru osobiście albo na pisemny wniosek studenta listem poleconym. Doręczenie listem poleconym wysyłane jest na adres wskazany przez studenta we wniosku o wydanie decyzji.
4. Od zarządzenia, o którym mowa w ust. 1, przysługuje w terminie czternastu dni od dnia jego doręczenia odwołanie do rektora, które składa się za pośrednictwem organu wydającego zarządzenie. Organ ten może dołączyć do odwołania swoją opinię w sprawie.

§ 77

Sprawy studenckie związane z tokiem studiów nieobjęte postanowieniami regulaminu rozstrzyga dziekan w drodze zarządzenia.

§ 78

Student albo grupa studentów może występować przed organami Uniwersytetu w swoich sprawach objętych tokiem studiów za pośrednictwem pisemnie upoważnionego przedstawiciela samorządu studentów.

VI. Przepisy przejściowe i końcowe

§ 79

Rada wydziału podejmuje obowiązkowe uchwały, o których mowa w regulaminie, najpóźniej do dnia 30 kwietnia, a wchodzi one w życie od następnego roku akademickiego.

§ 80

1. Decyzje i uchwały podjęte na podstawie regulaminu, jak również ich uzupełnienia lub zmiany, wymagają:
 - 1) przed podjęciem - zasięgnięcia pisemnej opinii właściwego organu samorządu studenckiego;
 - 2) po podjęciu - niezwłocznego ogłoszenia ich pełnej treści społeczności akademickiej na stronach internetowych Uniwersytetu i jego wydziałów.
2. Uchwały rady wydziału oraz decyzje dziekana, podjęte na podstawie regulaminu, dziekan przechowuje w oryginalnej formie pisemnej, prowadząc zbiór wydziałowych aktów prawnych.
3. Wymogi, o których mowa w ust. 1 i 2, nie dotyczą uchwał i decyzji podjętych w sprawach indywidualnych.

§ 80a

Postanowienia regulaminu dotyczące wydziału, rady wydziału i dziekana wydziału, odnoszą się odpowiednio do instytutu, rady instytutu oraz dyrektora instytutu, o których mowa w § 23 i § 75a Statutu UAM.

§ 81

1. Traci moc Regulamin studiów Uniwersytetu im. A. Mickiewicza w Poznaniu (Uchwała Senatu Uniwersytetu nr 54/2006 z dnia 8 maja 2006 r., z późniejszymi zmianami).

2. Decyzje podjęte na podstawie regulaminu studiów, o którym mowa w ust. 1, oraz na podstawie aktów prawnych wydanych na jego podstawie, pozostają w mocy, jednak nie później niż do dnia 30 września 2011 r.
3. Do studentów, którzy dnia 31 grudnia 2010 r. odbywają studia na ostatnim roku albo zaliczyli ostatni rok i nie przystąpili do egzaminu dyplomowego, stosuje się dotychczasowe zasady ukończenia studiów, jednak nie później niż do dnia 30 września 2011 r.
4. W przypadku, gdy student złożył wniosek w swojej sprawie w czasie obowiązywania regulaminu studiów, o którym mowa w ust. 1, a decyzja w tej sprawie zostaje podjęta lub ma być wykonana w czasie obowiązywania niniejszego regulaminu, zastosowanie mają przepisy dla studenta korzystniejsze.

**§
82**

Regulamin wchodzi w życie z dniem 1 października 2010 r.